

Leipziger Demokratie-Monitor 2020

Impressum

Herausgeber:	Stadt Leipzig, Dezernat für Jugend, Schule und Demokratie, Referat Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt
V.i.S.d.P	Pia-Mareike Heyne
Redaktion:	Philipp Greunke und Christopher Pollak
Autoren:	Philipp Greunke Christopher Pollak
	Methodische Unterstützung der Analyse durch das Amt für Statistik und Wahlen durch Falk Abel, Martin Waschipky und Christian Schmitt.
Layout:	Philipp Greunke und Christopher Pollak
Redaktionsschluss:	15.06.2022

Der Leipziger Demokratie Monitor 2020 kann im Internet unter [www.leipzig.de/\[Platzhalter\]](http://www.leipzig.de/[Platzhalter]) gelesen und heruntergeladen werden.

Alle Rechte vorbehalten. Es ist insbesondere nicht gestattet, ohne ausdrückliche Genehmigung des Herausgebers diese Veröffentlichung oder Teile daraus für gewerbliche Zwecke zu übernehmen, zu übersetzen, zu vervielfältigen oder in elektronische Systeme einzuspeichern. Nachdruck (auch auszugsweise) ist nur mit Quellenangabe gestattet.

© 2022 Stadt Leipzig

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	4
1 Zusammenfassung.....	5
2 Methodik.....	7
3 Ergebnisse	10
3.1 Xenophobie.....	10
3.2 Rechtsextreme Einstellungen	16
3.3 Autoritarismus.....	20
3.4 Politikverdrossenheit	22
3.5 Direkte Demokratie.....	25
3.6 Ausgewählte Items	26
3.6.1 Etabliertenvorrechte	26
3.6.2 Abwertung von Langzeitarbeitslosen.....	27
3.6.3 Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	29
4 Literatur.....	30
Anhang	32
Tabelle 1: Dimensionen und Items mit Merkmalsgruppen (Zustimmungswerte in %)	32
Tabelle 2: Dimensionen und Items mit Merkmalsgruppen (Zustimmungswerte in %)	33
Abbildungsverzeichnis	34

Vorwort

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,



Leipzig ist eine moderne Metropole, ein urbaner Raum mit einer pluralistischen Stadtgesellschaft, in der vielschichtige Bedarfe und Interessen aufeinandertreffen und gemeinschaftlich verhandelt werden. Unsere Stadt ist geprägt von einer Kultur des Respekts, des Miteinanders und der Mitverantwortung. Das Engagement einer aktiven und kreativen Zivilgesellschaft während der COVID-19 Pandemie sowie die aktuell große Hilfsbereitschaft gegenüber den Geflüchteten aus der Ukraine stellen dies beeindruckend unter Beweis. Gleichzeitig gehören direkte oder indirekte Diskriminierungen, verbale Abwertungen bis hin zu tätlichen Übergriffen zur Lebensrealität vieler Leipzigerinnen und Leipziger. Der Leipziger Demokratie-Monitor 2020 bildet daher den Auftakt einer nun jährlichen stattfindenden Analyse mit dem Ziel, die Einstellung der Leipzigerinnen und Leipziger zu Demokratie und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu erfahren.



Repräsentative Erhebungen zu autoritären und rechtsextremen Einstellungen gehen von einem dauerhaft hohen Niveau antidemokratischer Haltungen und der weiten Verbreitung von Ressentiments und Vorurteilen gegenüber Migrantinnen und Migranten in der Bundesrepublik aus. Die vorliegende Auswertung fokussiert sich ausschließlich auf die Situation in Leipzig und gibt einen detaillierten Überblick zu Einstellungsmustern der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Für fünf Dimensionen – Xenophobie, rechtsextreme Einstellungen, Autoritarismus, Politikverdrossenheit und Direkte Demokratie – erfolgt eine umfassende Auswertung anhand unterschiedlicher soziodemografischer Faktoren wie Alter, Bildung, Einkommen oder persönliche Zukunftsaussicht. Hierzu werden die Daten der Kommunalen Bürgerumfrage 2020 verwendet und mit den Ergebnissen des Sachsen-Monitors 2018 verglichen.

Die Ergebnisse zeigen, dass die deutliche Mehrheit der Leipziger Stadtbevölkerung menschenfeindliche Haltungen und demokratiefeindliche Einstellungen ablehnt. Hierbei bestehen jedoch signifikante Unterschiede sowohl bei der Abwertung einzelner sozialer Gruppen als auch beim Einstellungsmuster mit Blick auf die soziodemografischen Merkmale der Leipzigerinnen und Leipziger.

Der Leipziger Demokratie-Monitor wurde in Kooperation der Dezernate Allgemeine Verwaltung sowie Jugend, Schule und Demokratie erarbeitet. Für Stadtrat, Zivilgesellschaft und Verwaltung ist eine gute Grundlage entstanden, auf deren Basis wir gemeinsam ansetzen können, um das demokratische Miteinander sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Leipzig zu fördern und zu gestalten.

Wir wünschen Ihnen allen eine interessante Lektüre.

Ihre

A handwritten signature in blue ink that reads "Vicki".

Vicki Felthaus

Bürgermeisterin und Beigeordnete
für Jugend, Schule und Demokratie

Ihr

A handwritten signature in blue ink that reads "Ulrich".

Ulrich Hörning

Bürgermeister und Beigeordneter
für Allgemeine Verwaltung

1 Zusammenfassung

Der Leipziger Demokratie-Monitor verwendet Daten aus der von der Stadt Leipzig durchgeführten Kommunalen Bürgerumfrage 2020 und vergleicht diese mit den Ergebnissen des Sachsen-Monitors 2018. Ebenso erfolgt eine Auswertung einzelner soziodemografischer Faktoren. Hierdurch soll festgestellt werden, ob in einzelnen Gruppen demokratie- und menschenfeindliche Einstellungen häufiger vorkommen. Ausgewertet werden folgende Merkmale: Alter, Bildung, Einkommen, Geschlecht, Wohnort und persönliche Zukunftsaussicht.

Ziel ist die Aufdeckung potenziell demokratiegefährdender Einstellungen, Ressentiments und von der Stadtbevölkerung wahrgenommener Missstände der bestehenden Demokratie, denen es zu begegnen gilt. Hierzu sollen die Ergebnisse des Leipziger Demokratie-Monitors 2020 u. a. im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie „Leipzig. Ort der Vielfalt“ genutzt werden, um eine zielgerichtete und bedarfsorientierte Projektförderung zu gewährleisten.

Im Vergleich zum Sachsen-Monitor zeigen sich teils erhebliche Unterschiede: Das Antwortverhalten in Leipzig offenbart demnach weniger xenophile, rechtsextreme, autoritäre, politikverdrossene und demokratiegefährdende Einstellungen als der sächsische Durchschnitt. Generell lässt sich festhalten:

- **Die deutliche Mehrheit der Leipzigerinnen und Leipziger lehnt menschenfeindliche Haltungen und demokratiefeindliche Einstellungen ab.**

Eine Minderheit stimmt xenophoben und rechtsextremen Aussagen zu. Hierbei bestehen jedoch signifikante Unterschiede sowohl bei der Abwertung einzelner sozialer Gruppen als auch beim Einstellungsmuster mit Blick auf die soziodemografischen Merkmale der Befragten .

- **Je jünger, besser gebildet und näher am Stadtzentrum lebend, desto positiver sind die Einstellungen der Leipzigerinnen und Leipziger zur Demokratie.**

Auch wenn es Ausnahmen gibt (bspw. bei der Politikerverdrossenheit), gilt diese Regel für die überwiegende Mehrheit der Fälle. Daher lässt sich konstatieren, dass es vor allem junge und gut gebildete Menschen sind, die demokratische Werte wie die Gleichwertigkeit menschlichen Lebens schätzen und schützen.

- **Antidemokratische und menschenverachtende Einstellungen sind in Leipzig bei weitem nicht so stark verbreitet wie in Sachsen.**

Verglichen mit den Ergebnissen des Sachsen-Monitors 2018 sind die Zustimmungswerte für solche Einstellungen in Leipzig durchgehend niedriger. Die Zustimmungswerte liegen in Sachsen zwischen 5 und 29 Prozentpunkte höher. Insgesamt sind die Leipzigerinnen und Leipziger also demokratiefreundlicher eingestellt als die Sächsinnen und Sachsen.

- **Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bestehen in unterschiedlich starker Ausprägung in der Leipziger Stadtgesellschaft.**

Die Auswertung der Daten verdeutlicht, dass Personen mit bestimmten soziodemografischen Merkmalen stärker zur Abwertung von sozialen Gruppen neigen. Die Zustimmung zu Vorurteilen nimmt tendenziell zu je älter die Alterskohorte und je niedriger der formale Bildungsgrad sind. Ebenso ist die soziale Abwertung von Gruppen bei Befragten mit pessimistischen persönlichen Zukunftsaussichten sowie zentrumsfernem Wohnort oftmals stärker ausgeprägt.

- **Rechtsextreme Einstellungen erfahren eine deutliche Ablehnung von den Leipzigerinnen und Leipzigern.**

Ein kleiner Teil der Leipzigerinnen und Leipziger stimmt antisemitischen, sozialdarwinistischen und den Nationalsozialismus verharmlosenden Statements zu. Hierbei liegen die Zustimmungswerte zu diesen Aussagen im einstelligen Bereich. Demgegenüber stehen teilweise bis zu 90% der Leipziger Stadtbevölkerung, welche die betreffenden Aussagen deutlich verneinen.

- **Autoritäre Tendenzen nehmen mit steigendem Alter, niedrigerem Schulabschluss und anwachsender Entfernung des Wohnorts zur Innenstadt zu.**

Diese Korrelation ist bei keiner anderen Dimension so deutlich zu erkennen, wie bei dieser. Umgekehrt heißt das aber auch: Je jünger, je höher gebildet und je näher am Stadtzentrum lebend, desto geringer ist die Akzeptanz für Autoritarismus.

- **Politikerverdrossenheit ist weit verbreitet, vor allem unter jüngeren Menschen.**

Zwei Drittel aller Befragten vermissen einen engen Kontakt zu Politikerinnen und Politikern. Zudem schätzt sich die Hälfte der Befragten als politisch nicht selbstwirksam ein und in etwa ebenso viele erkennen kein Primat der Politik vor der Wirtschaft. Damit geht aus den Befunden ein deutliches Warnsignal hervor: Offenbar wird die demokratische Praxis in Leipzig in erster Linie nicht mit politischen Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger in Verbindung gebracht.

- **Drei Viertel der Leipzigerinnen und Leipziger sind der Meinung, dass sich mehr Einflussnahme durch Volksabstimmungen positiv auf das Politikinteresse der Menschen auswirken würde.**

Da direktdemokratische Instrumente in Form von Bürger- und Volksentscheiden in Leipzig und Sachsen seit 1990 vorhanden sind, kann dieses Ergebnis auch als Wunsch nach direktdemokratischen Elementen auf Bundesebene interpretiert werden. Bemerkenswert ist, dass nicht einmal jeder zweite Befragte die repräsentative Demokratie als genuin demokratisch bezeichnet und lediglich direkte Demokratie als „wahre“ Demokratie gilt.

2 Methodik

Grundgesamtheit: 482.360 in der Stadt Leipzig mit Hauptwohnsitz gemeldete deutsche und ausländische Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 18 bis 85 Jahren (Stichtag 29. September 2020)

Erhebungszeitraum: Ende Oktober 2020 bis 21. Januar 2021

Art der Befragung: Papier- und Onlinefragebögen

Stichprobenverfahren: Mehrstufiges Zufallsverfahren

Gewichtung: nach Alter, Geschlecht und Bildung

Stichprobendesign: 9.000 Papier- und Onlinefragebögen in drei Fragebogenvarianten. Insgesamt entspricht das einem Anteil von 1,9 Prozent an der Grundgesamtheit. Mitte Dezember 2020 gab es eine Erinnerungsaktion, um den Rücklauf zu steigern. Es gab 486 stichprobenneutrale Ausfälle (Empfänger nicht erreichbar). Die Rücklaufquote betrug 41 Prozent. Die Items zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit waren Bestandteil der Fragebogenvariante C.

Nettostichprobe Fragebogenvariante C: n=2.839

Auswertbare Datensätze Fragebogenvariante C: n=1.174

Auftraggeber: Stadt Leipzig. „Rechtliche Grundlage der Befragungen bildet die am 8. Juni 2015 vom Leipziger Stadtrat beschlossene ‚Satzung über die kommunalen Erhebungen der Stadt Leipzig‘“ (Stadt Leipzig 2021: 133).

Die hier verwendeten Daten stammen aus der Kommunalen Bürgerumfrage 2020 (KBU) der Stadt Leipzig, die seit 1991 im jährlichen Rhythmus durchgeführt wird. Hierbei werden jeweils mehrere Tausend per Zufall ausgewählte Leipzigerinnen und Leipziger u. a. zu ihren Meinungen und Einstellungen befragt, um Stadtrat und Stadtverwaltung mit Informationen für ihre Arbeit zu versorgen (Stadt Leipzig 2021: 133). „Die Kommunale Bürgerumfrage fungiert somit auch als ein Instrument des Dialogs zwischen Bürgerschaft sowie Stadtrat und Verwaltung und kann daher als ein Element der Bürgerbeteiligung angesehen werden“ (ebd.).

Grundlage der Befragung bildet der Stadtratsbeschluss „Gemeinsam für ein friedliches gesellschaftliches Zusammenleben – Gegen Hass, Gewalt und Hetze“ (VII-A-00618-NF-04). Der Oberbürgermeister wird beauftragt „jährlich ein Lagebild zu Einstellungsmustern der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und entsprechenden Vorfällen auf Basis der Ergebnisse der Bürgerumfrage zu erstellen“.

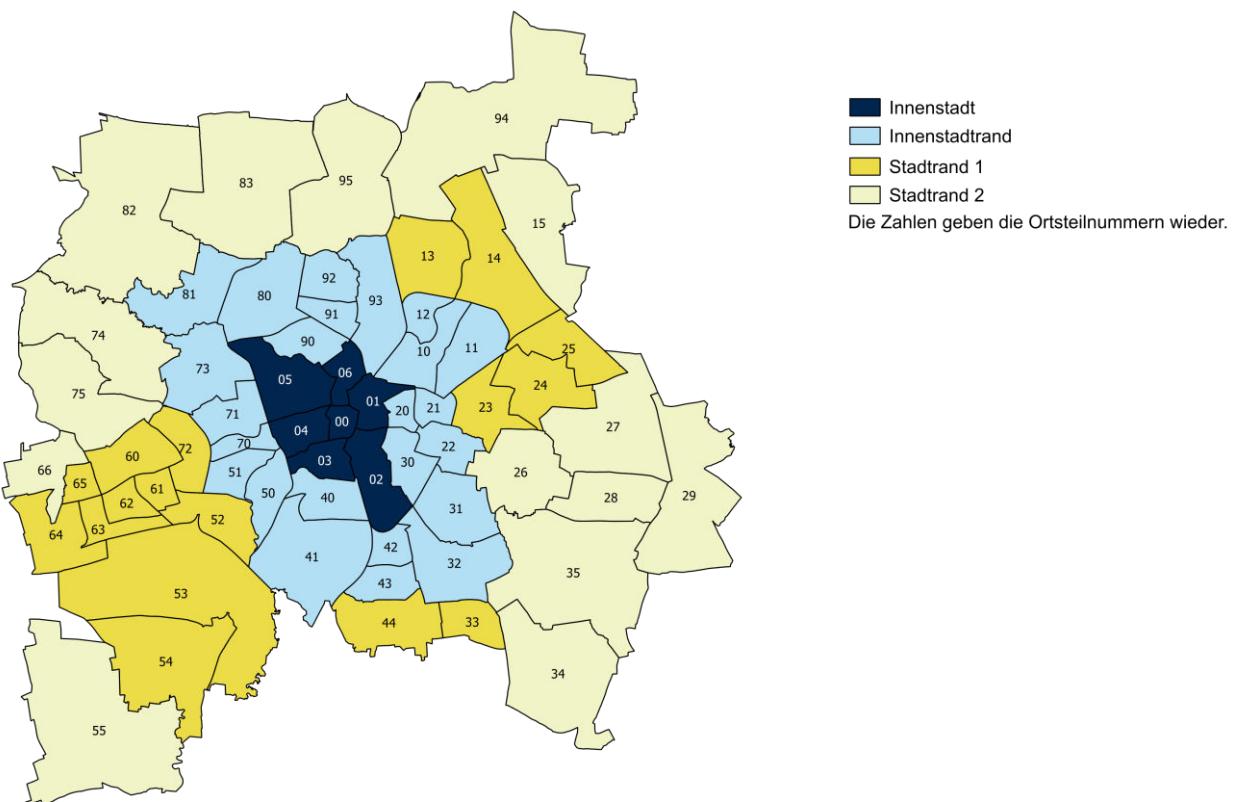
Dementsprechend orientieren sich die in der Bürgerumfrage 2020 verwendeten Items an bereits bestehenden Erhebungen zur Feststellung von Ideologien der Ungleichwertigkeit und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Dem liegt das Ansinnen zu Grunde einerseits die Vergleichbarkeit der Messung sicherzustellen und anderseits auf bereits in diversen Studien und Erhebungen wissenschaftlich getestete Items zurückzugreifen.

Um die Daten besser vergleichen, einordnen und interpretieren zu können, sind die Items der Kommunalen Bürgerumfrage dem Sachsen-Monitor 2018 entnommen. Die Einteilung der einzelnen Items in übergeordnete Dimensionen erfolgte mittels explorativer *Faktorenanalyse*, die vom Amt für Statistik und Wahlen der Stadt Leipzig durchgeführt wurde. Zur Beantwortung der Fragen stand den Befragten eine fünf-stufige Antwortskala zur Verfügung („stimme voll zu“, „stimme eher zu“, „stimme eher nicht zu“, „stimme gar nicht zu“ bzw. „weiß nicht“). Die Größen der jeweiligen Stichproben (n) variieren, da nicht beantwortete Fragen („keine Angabe“) unberücksichtigt blieben. Alle Werte sind in Prozent angegeben und auf ganze Zahlen gerundet.

Eine **Faktorenanalyse** extrahiert aus einer sog. Itembatterie (mehrere Fragen oder Stimuli zu einem vorab definierten aber nicht näher eingeordneten Themenkomplex) latente Variablen bzw. sogenannte Faktoren. Diese Faktoren kann man sich vorstellen als übergeordnete Themen oder Haltungen. Die Faktorenanalyse isoliert auf Grundlage der Antworten aller Befragten, welche der Teilfragen (Items) welchem übergeordneten Themenkomplex zuzuordnen sind. Das Verfahren der Faktorenanalyse wird insbesondere dann eingesetzt, wenn ein komplexes Fragenprogramm auf die wesentlichen Muster verdichtet werden soll bzw. wenn die Faktoren (bspw. Xenophobie) nicht direkt messbar sind oder eine direkte Messung durch Antwortverzerrungen bspw. im Sinne der Anpassung an soziale Erwünschtheit durch die Befragten verzerrt würde.

An einigen Stellen werden die Bereiche Innenstadt, Innenstadtrand, Stadtrand 1 und Stadtrand 2 als Lagetypen zur Beschreibung räumlicher Muster herangezogen.¹ Abbildung 1 zeigt die Ortsteile der Stadt Leipzig und ihre Zuordnung zu den Lagetypen.

Abbildung 1: Lagetypen



¹ Die stadträumliche Typisierung wird ebenfalls in der Kommunalen Bürgerumfrage vorgenommen. Folgende Ortsteile werden den Bereichen zugeordnet (vgl. Stadt Leipzig 2021: 141).

Innenstadtrand: 10-Schönefeld-Abtnaundorf, 11-Schönefeld-Ost, 12-Mockau-Süd, 20-Neustadt-Neuschönenfeld, 21-Volkmarsdorf, 22-Anger-Crottendorf, 30-Reudnitz-Thonberg, 31-Stötteritz, 32-Probstheida, 40-Südvorstadt, 41-Connewitz, 42-Marienbrunn, 43-Lößnig, 50-Schleußig, 51-Plagwitz, 70-Lindenau, 71-Alt-lindenau, 73-Leutzsch, 80-Möckern, 81-Wahren, 90-Gohlis-Süd, 91-Gohlis-Mitte, 92-Gohlis-Nord, 93-Eutritzsch.

Stadtrand 1: 13-Mockau-Nord, 14-Thekla, 23-Sellerhausen-Stünz, 24-Paunsdorf, 25-Heiterblick, 33-Meusdorff, 44-Döllitz-Dösen, 52-Kleinzschocher, 53-Großzschocher, 54-Knautkleeberg-Knauthain, 60-Schönau, 61-Grünau-Ost, 62-Grünau-Mitte, 63-Grünau-Siedlung, 64-Lausen-Grünau, 65 Grünau-Nord, 72-Neulin-denau.

Stadtrand 2: 15-Plaußig-Portitz, 26-Mölkau, 27-Engelsdorf, 28-Baalsdorf, 29-Althen-Kleinpösna, 34-Liebertwolkwitz, 35-Holzhausen, 55-Hartmannsdorf-Knautnaundorf, 66-Miltitz, 74-Böhlitz-Ehrenberg, 75-Burghausen-Rückmarsdorf, 82-Lützschena-Stahmeln, 83-Lindenthal, 94-Seehausen, 95-Wiederitzsch.

3 Ergebnisse

Der Leipziger Demokratie-Monitor 2020 basiert auf einer Analyse von Aussagen der Kommunalen Bürgerumfrage 2020. Hierbei handelt es sich um ausgewählte Items des zwei Jahre zuvor veröffentlichten Sachsen-Monitors², der im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei von dimap durchgeführt wurde, um zu Erkenntnissen über die politische Kultur in Sachsen zu gelangen. Die vorgestellten Items lassen Rückschlüsse über befürwortende oder ablehnende Tendenzen gegenüber der Demokratie und ihrer Ideen, Werte und Umsetzung zu. Mehrere solcher Items lassen sich zu sogenannten Dimensionen zusammenfassen.

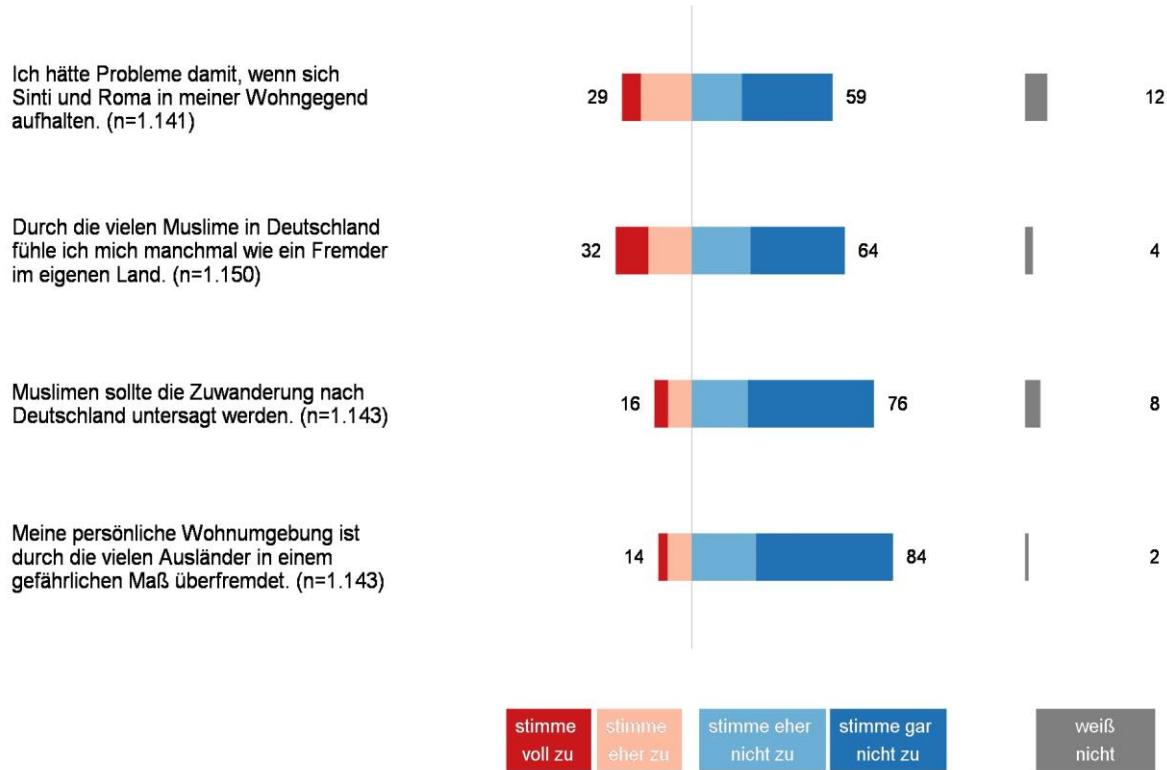
Die Dimension Xenophobie (Kapitel 3.1) umfasst Aussagen zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wie Ausländerfeindlichkeit, Muslimfeindschaft und Abwertung von Sinti und Roma. Rechtsextreme Einstellungen, wie Antisemitismus, die Verharmlosung des Nationalsozialismus oder der sogenannte Sozialdarwinismus sind in Kapitel 3.2 zusammengefasst. Als Grundlage solcher Vorstellungen, die auf eine Ungleichwertigkeit menschlichen Lebens abzielen, gelten autoritäre Orientierungen, denen sich im Kapitel 3.3 gewidmet wird. Kapitel 3.4 behandelt Politikverdrossenheit und stellt Fragen zur Verdrossenheit über politische Akteure, zur politischen Deprivation und zur Demokratieermäßigung. Im Kapitel 3.5 geht es um Fragen zur direkten Demokratie. Die dargestellten Items aus dem Kapitel 3.6 lassen sich laut Faktorenanalyse keiner bestimmten Dimension zuordnen. Sie berühren die Themen Etabliertenvorrechte, Abwertung von Langzeitarbeitslosen und Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur.

3.1 Xenophobie

In der Dimension Xenophobie werden verschiedene Ungleichwertigkeitsvorstellungen und gruppenbezogene Abwertungen zusammengefasst. Die ausgewerteten Einzelitems betreffen fremdenfeindliche Einstellungen, antimuslimischen Rassismus sowie die Abwertung von Sinti und Roma.

Dies geschieht in Anlehnung an das von Wilhelm Heitmeyer entwickelte Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) (Heitmeyer 2002). Darunter wird eine Abwertung und Ausgrenzung von Menschen aufgrund ihrer (ggf. auch nur zugeschriebenen) Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Gruppen, unabhängig von ihrem individuellen Verhalten, verstanden. Das Konzept basiert auf der Annahme, dass es sich bei den unterschiedlichen Ressentiments und Vorurteilen um miteinander verknüpfte Phänomene handelt. Ungleichwertigkeitsvorstellungen widersprechen dem grundlegenden Prinzip von liberalen Demokratien – der Gleichwertigkeit aller Menschen – und stellen eine Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts dar (vgl. Zick et al. 2016: 33-35).

² Für sämtliche Ergebnisse des Sachsen-Monitors 2018 siehe Sächsische Staatskanzlei (2018a, 2018b).

Abbildung 2: Xenophobie (in %)

Die nach Ablehnungsanteilen sortierten Ergebnisse in *Abbildung 2* zeigen, dass teilweise deutliche Differenzen zwischen den Einstellungen zu einzelnen Bezugsgruppen auftreten. Die beiden höchsten Zustimmungswerte bekommen die Aussagen zur Abwertung von Sinti und Roma und zu einem durch Muslime ausgelösten Gefühl der Fremdheit im eigenen Land. Weniger Zustimmung bekommt das zweite den antimuslimischen Rassismus betreffende Item, das – deutlich konkreter formuliert – ein Zuwanderungsverbot für Muslime fordert. Das Item zur Erfassung von Fremdenfeindlichkeit erhält die niedrigsten Zustimmungswerte. Im Sachsen-Monitor 2018 erhielten die Items dieser Dimension durchgängig (und teilweise signifikant) höhere Zustimmungswerte.

Auffällig ist die Differenz bei der Zustimmung zwischen dem Item „Durch die vielen Muslime fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“ (32%) und der Aussage „Meine persönliche Wohnumgebung ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“. Beide Items adressieren ein vermeintliches Fremdheitsgefühl: Während – auf die Bundesrepublik bezogen – fast ein Drittel die Aussage bestätigt, sinkt die Zustimmung beim Blick auf das eigene Lebensumfeld deutlich.

Insgesamt ist die Zustimmung zu den Items dieser Dimension erheblich niedriger als die sächsischen Vergleichswerte.³ Allerdings muss in diesem Zusammenhang festgehalten

³ Siehe Tabelle 1 und Tabelle 2 im Anhang.

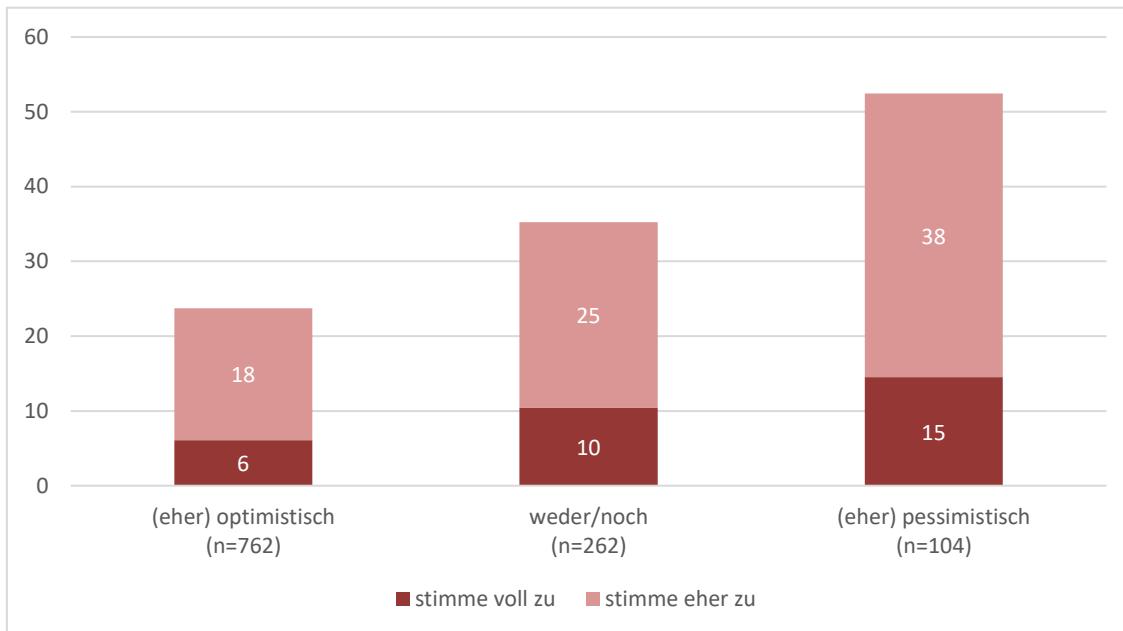
werden, dass Fremdenfeindlichkeit, antimuslimischer Rassismus und die Abwertung von Sinti und Roma in Sachsen häufiger gemessen wird als im Bundesschnitt (vgl. Mannewitz 2021: 154).

**„Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma
in meiner Wohngegend aufhalten.“**

In der Kommunalen Bürgerumfrage 2020 stimmen diesem Item 29% der Befragten zu. Auffällig ist der hohe Wert für die Antwortoption „weiß nicht“ (12%). Die Zustimmungswerte sind signifikant niedriger als im Sachsen-Monitor 2018 jedoch merkmalsübergreifend auf einem konstant hohen Niveau. In der Vergleichsstudie der Sächsischen Staatskanzlei sind die Zustimmungswerte mit 57% fast doppelt so hoch wie in der Kommunalen Bürgerumfrage 2020. Hierbei wählten 23% die Antwortoption „stimme voll zu“ und 34% „stimme eher zu“. Mit 37% („stimme eher nicht zu“ 20%; „stimme gar nicht zu“ 17%) lehnten im Vergleich mit der Kommunalen Bürgerumfrage 2020 20% deutlich weniger Befragte das Item ab.

In der Leipziger Stadtbevölkerung bestehen unter Einbeziehung von soziodemografischen Merkmalen teilweise deutliche Unterschiede. Beim Blick auf das Lebensalter muss eine deutliche Zunahme der Zustimmungswerte mit steigendem Alter konstatiert werden. In der Alterskohorte der 18- bis 34-Jährigen stimmen insgesamt 12% der Aussage zu („stimme voll zu“ 1%; „stimme eher zu“ 11%). In der Gruppe der 35- bis 54-Jährigen verdoppeln sich die Zustimmungswerte und ein Viertel der Befragten bejaht das Item („stimme voll zu“ 6%; „stimme eher zu“ 19%). In der abschließenden Altersgruppe ist ein signikanter Anstieg der Zustimmungswerte zu verzeichnen. Bei den Befragten zwischen 55 bis 85 Jahren wählten 15% die Antwortoption „stimme voll zu“ und 31% „stimme eher zu“. Mit knapp 45% liegen die Zustimmungswerte in dieser Altersgruppe deutlich über dem gesamtstädtischen Durchschnitt.

Deutliche Unterschiede im Zustimmungsverhalten sind ebenfalls bei Blick auf die Lage der Wohnung im Stadtgebiet festzustellen. Im Bereich der Innenstadt stimmen 17% der Befragten dem Item zu („stimme voll zu“ 4%; „stimme eher zu“ 13%). Im Innenstadtrand steigt die Zustimmung und mit 24% bejaht fast ein Viertel der Teilnehmenden die Aussage. Im Stadtrand 1 ist ein noch deutlicherer Anstieg mit 41% („stimme voll zu“ 13%; „stimme eher zu“ 28%) zu verzeichnen 41%. Die höchste Zustimmung erhält das Item im Stadtrand 2: Hier stimmt die Hälfte der Befragten dem Item zu („stimme voll zu“ 19%; „stimme eher zu“ 31%).

Abbildung 3: Abwertung Sinti und Roma nach persönlicher Zukunftsaussicht (in %)

Auch die Wahrnehmung der persönlichen Zukunftsaussicht der Befragten offenbart signifikante Unterschiede bei der Zustimmung zum Item (siehe Abbildung 3). In der Gruppe der Personen mit (eher) pessimistischen Zukunftsaussichten erhält die Aussage über 50% Zustimmung. Der Wert sinkt auf 35% ab bei den Teilnehmenden, die weder optimistisch, noch pessimistisch in die Zukunft blicken und erhält 24% bei den Leipzigerinnen und Leipzigern, welche (eher) optimistische Zukunftsaussichten haben.

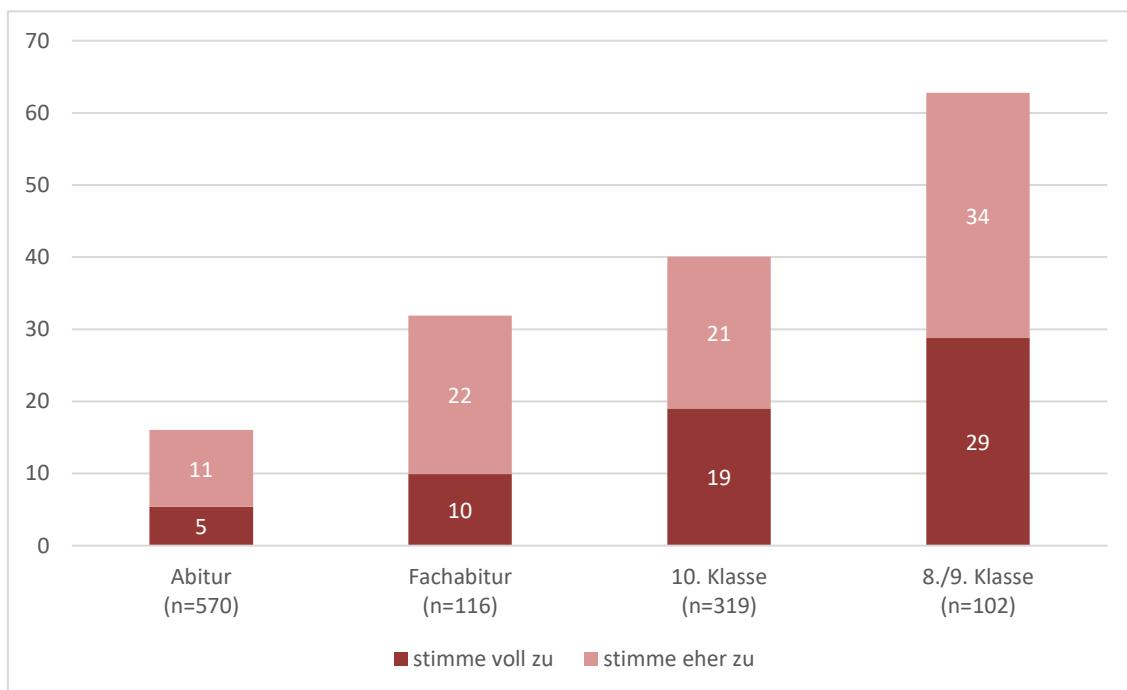
„Durch die vielen Muslime in Deutschland fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.“

Mit 32% stimmt fast ein Drittel der Leipzigerinnen und Leipziger der Aussage zu („stimme voll zu“ 14%; „stimme eher zu“ 18%). Nur ein weiteres Item, das zur Abwertung von Langzeitarbeitslosen, erhielt im Rahmen der Kommunalen Bürgerumfrage Zustimmungswerte über 30%. Im Sachsen-Monitor 2018 wählten ebenfalls 14% die Antwortoption „stimme voll zu“. Allerdings ist der Anteil der Personen die eher zustimmen mit 35% deutlich höher bei der Referenzerhebung der Sächsischen Staatskanzlei.

Beim Alter der Befragten ergeben sich signifikante Differenzen zwischen den einzelnen Altersgruppen in Bezug auf die Zustimmungswerte. In der Gruppe der jungen Erwachsenen von 18 bis 34 Jahren liegen die Zustimmungswerte insgesamt bei 16 % („stimme voll zu“ 4%; „stimme eher zu“ 12%) und sind somit deutlich unter den Zustimmungswerten der Gesamtbefragung. In der mittleren Altersgruppe von 35 bis 54 Jahren steigt der Wert auf 29% („stimme voll zu“ 11%; „stimme eher zu“ 18%). Die höchsten Zustimmungswerte liegen mit 47% in der Altersgruppe 55 bis 85 vor („stimme voll zu“ 24%; „stimme eher zu“ 23%).

In Abbildung 4 ist veranschaulicht, dass auch beim Blick auf den Bildungshintergrund deutliche Unterschiede hinsichtlich der Zustimmungswerte zur Aussage erkennbar sind. Unter den Personen mit Abitur stimmen 16% dem Item zu. Die Zustimmung steigt in den Gruppen mit Fachabitur (32%) und 10.-Klasse-Abschluss (40%) deutlich an. Bei den Befragten mit Abschluss 8./9. Klasse (63%) erreicht die Aussage eine deutliche Mehrheit.

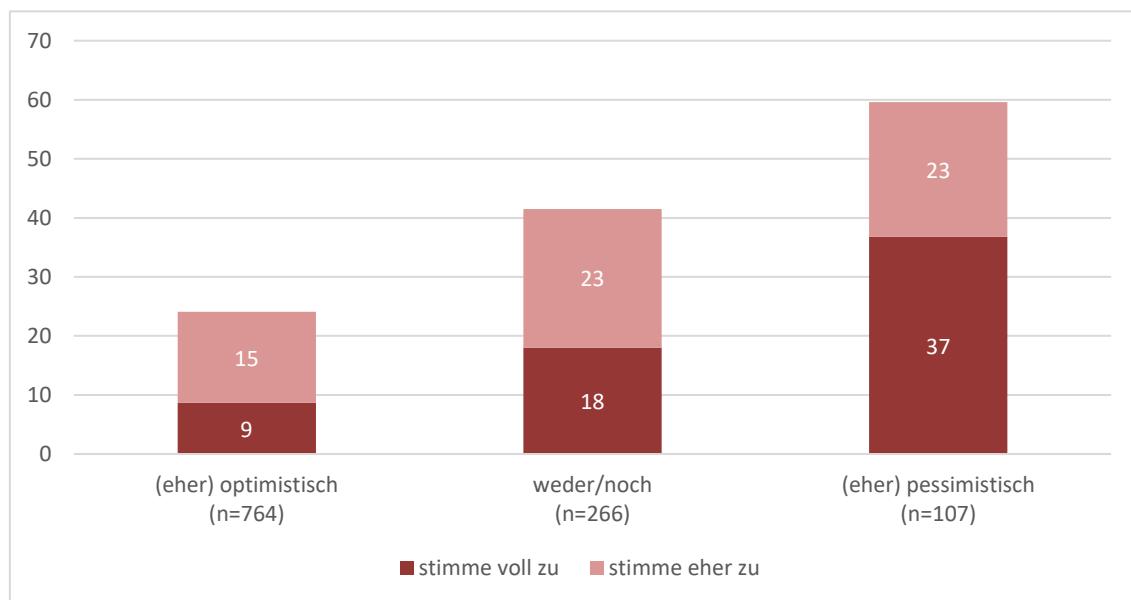
Abbildung 4: Zustimmung antimuslimischer Rassismus nach Bildungshintergrund (in %)



Auch mit Blick auf die geografische Lage der Wohnung im Stadtgebiet lassen sich signifikante Differenzen feststellen. Im Bereich Innenstadt stimmen 22% („stimme voll zu“ 7%; „stimme eher zu“ 15%) der Befragten dem Item zu. Die Zustimmungswerte steigen leicht auf 25% („stimme voll zu“ 14%; „stimme eher zu“ 11%) im Innenstadtrand und nennenswert in den Gebieten Stadtrand 1 mit 49% („stimme voll zu“ 21%; „stimme eher zu“ 28%) sowie Stadtrand 2 mit 50% („stimme voll zu“ 22%; „stimme eher zu“ 28%).

Sehr hohe Zustimmungswerte erzielt das Item – wie in *Abbildung 5* zu sehen – ebenfalls in der Gruppe mit (eher) pessimistischen Zukunftsaussichten (60%). Dies stellt eine signifikante Differenz zu den Teilnehmenden der Kommunalen Bürgerumfrage 2020 mit (eher) positiven Zukunftsaussichten dar. Hier stimmte knapp ein Viertel der Befragten der Aussage zu (24%).

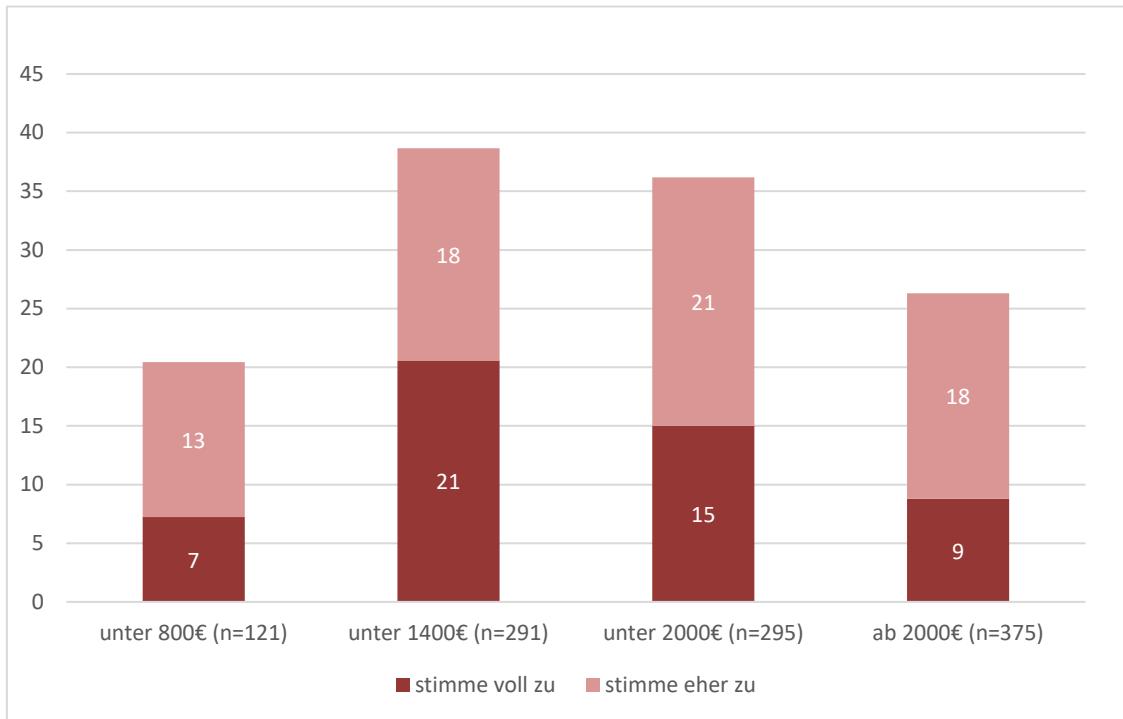
Abbildung 5: *Zustimmung antimuslimischer Rassismus nach persönlicher Zukunftsaussicht (in %)*



Beim Blick auf die Kategorie persönliches Nettoeinkommen (*Abbildung 6*) ist festzustellen, dass die Zustimmung zum Item einkommensübergreifend bei $\geq 20\%$ liegt. Hierbei erhält die Aussage bei Menschen mit einem Einkommen unter 800€ die niedrigsten Werte. Fast die Hälfte der Personen in dieser Kategorie sind Studierende oder Auszubildende, welche diskriminierenden Haltungen tendenziell eher ablehnend gegenüberstehen. Ohne die genannten Gruppen steigt die Zustimmung in der niedrigsten Einkommensgruppe auf 34%. Die höchste Zustimmung erhält das Item in den beiden mittleren Einkommensgruppen. Knapp ein Zehntel der Befragten mit einem Einkommen unter 1.400€ sind Studierende oder Auszubildende. Werden diese aus der aus Ergebnis herausgerechnet, steigt die bereits hohe Zustimmung in dieser Gruppe von 39% auf 44%.⁴

⁴ In den beiden weiteren Einkommenskategorien ist die Zahl der Studierenden und Auszubildenden im einstelligen Bereich und es kommt zu keiner oder nur zu einer sehr geringen Veränderung der Ergebnisse ohne diese Personengruppen.

Abbildung 6: Zustimmung antimuslimischer Rassismus nach persönlichem Nettoeinkommen (in %)



3.2 Rechtsextreme Einstellungen

In Anlehnung an die Mitte-Studien und Autoritarismus-Studien werden in der vorliegenden Dimension rechtsextreme Einstellungen von Leipzigerinnen und Leipziger dargestellt. Die Einstellungsdimension setzt sich zusammen aus: Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus. Während mit den Items zur Gruppenbezogenen Menschfeindlichkeit teilweise subtile und indirekte Formen der Abwertung erfasst wurden, sind die Aussagen in der Dimension rechtsextreme Einstellung direkt und klar formuliert. Dementsprechend sind die Zustimmungswerte niedriger, lassen jedoch auf ein rechtsextremes Einstellungsmuster schließen (vgl. Zick et al. 2016: 127)

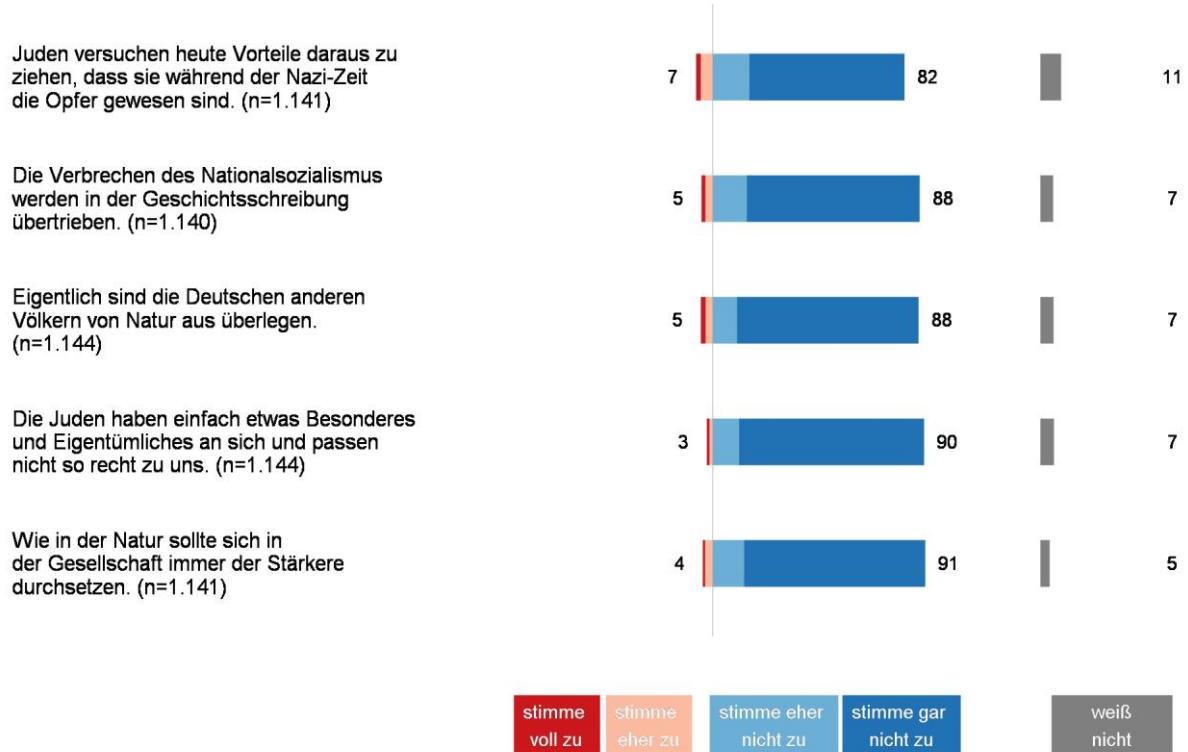
Die Anwendung biologischer bzw. biologistischer Theorien vom vermeintlich natürlichen Durchsetzen des Stärkeren auf das soziale Leben drückt sich im sogenannten Sozialdarwinismus aus. In der Kommunalen Bürgerumfrage wird dies mit den Items „Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen“ sowie „Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen“ abgebildet.

Antisemitismus umfasst abwertende und stereotype Einstellungen gegenüber Jüdinnen und Juden. Hierbei weist das antisemitische Ressentiment eine weitreichende ideologische Funktion auf, welche u. a. in der Vorstellung der vermeintlichen Weltherrschaft von Jüdinnen und Juden fußt (vgl. Pickel et al. 2019: 51). Insbesondere in Krisenzeiten, wie der aktuellen COVID-19-Pandemie, erweisen sich antisemitische Erzählungen als anschlussfähig. In der Einstellungsforschung wird zwischen verschiedenen Dimensionen

des Antisemitismus unterschieden. Die Forscherinnen und Forscher der Leipziger Autoritarismus Studie unterscheiden zwischen der tradierten und israelbezogenen Form sowie Schuldabwehr und Antisemitismus in der Umwegkommunikation (vgl. Decker/Brähler 2020: 219-220). In der Kommunalen Bürgerumfrage 2020 werden die Dimension des tradierten Antisemitismus⁵ mit dem Item „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“ sowie des Schuldabwehr-Antisemitismus⁶ mit der Aussage „Juden versuchen heute Vorurteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind.“

Das Item „Die Verbrechen des Nationalsozialismus werden in der Geschichtsschreibung übertrieben“ ist geschichtsrevisionistisch, da es die Verbrechen des Nationalsozialismus relativiert. Die Ergebnisse der gesamten Dimension sind in *Abbildung 7* aufgeführt.

Abbildung 7: Rechtsextreme Einstellungen (in %)



⁵ Um tradierten Antisemitismus handelt es sich, wenn Jüdinnen und Juden eine grundsätzliche Fremdheit oder vermeintliche Allmacht attestiert wird (Decker/Brähler 2020: 219).

⁶ In die Dimension des Schuldabwehr-Antisemitismus fallen u. a. Aussagen, die Jüdinnen und Juden eine Mitschuld und Kollaboration oder die Instrumentalisierung der Shoah zuschreiben (ebd.: 220).

**„Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen,
dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind.“**

Im Rahmen der Kommunalen Bürgerumfrage stimmen 7% dem Item zu. Mit insgesamt 82% lehnt die überwiegende Mehrheit der Befragten die Aussage ab. Mit 11% nutzt ein hoher Anteil der Befragten die Option „weiß nicht“. Die Zustimmungswerte im Sachsen-Monitor 2018 sind mit 21% deutlich höher. Knapp zwei Drittel der Befragten lehnt hier das Item ab („stimme eher nicht zu“ 30%; „stimme gar nicht zu“ 34%). Der Anteil der Teilnehmenden, welche die Aussage mit „weiß nicht“ beantworten, ist mit 13% ähnlich hoch wie in der Kommunalen Bürgerumfrage 2020.

Mit steigendem Alter lässt sich eine Zunahme sowohl bei der Zustimmung als auch bei der Antwortkategorie „weiß nicht“ feststellen. Bei den jungen Leipzigerinnen und Leipzigerinnen lehnen 92% das Item ab. Auf die Antwortoption „stimme gar nicht zu“ entfielen sogar 80%. Weiterhin stimmt in dieser Alterskohorte niemand der Aussage voll zu. In der Altersgruppe 35 bis 48 Jahre steigt die Zustimmung leicht auf 6%. Eine deutliche Mehrheit von 85% verneinen die Aussage („stimme eher nicht zu“ 15%; „stimme gar nicht zu“ 70%). In der Altersgruppe der 55- bis 85-Jährigen sind die Zustimmungswerte mit 11% zweistellig („stimme voll zu“ 3%; „stimme eher zu“ 8%). Knapp 59% der Befragten lehnen das Item ab und 17% wählen „weiß nicht“ aus.

Abbildung 8: Zustimmung Antisemitismus nach Bildungshintergrund (in %)

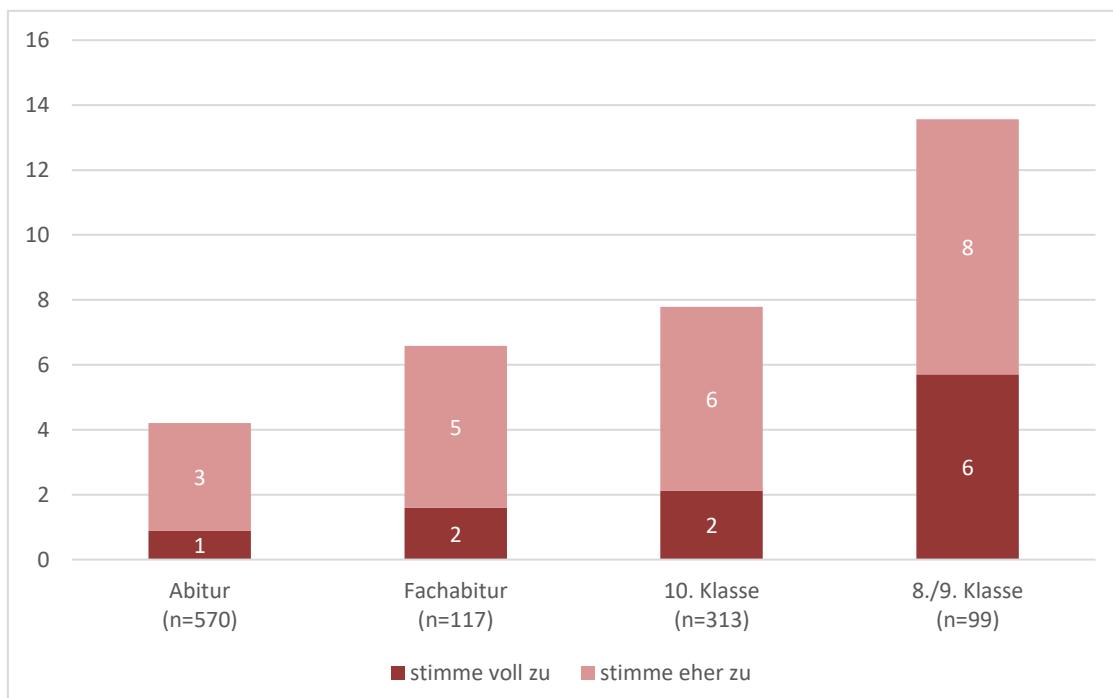


Abbildung 8 zeigt, dass beim formellen Bildungsabschluss erkennbare Differenzen zwischen den einzelnen Gruppen bestehen. Die höchsten Zustimmungswerte erzielt das Item bei den Personen, die 8./9. Klasse als höchsten Bildungsabschluss angeben (14%). Die niedrigsten Zustimmungswerte erzielt die Aussage in der Gruppe mit Abitur (4%). Die Gruppen mit Fachabitur und 10. Klasse ordnen sich dazwischen ein.

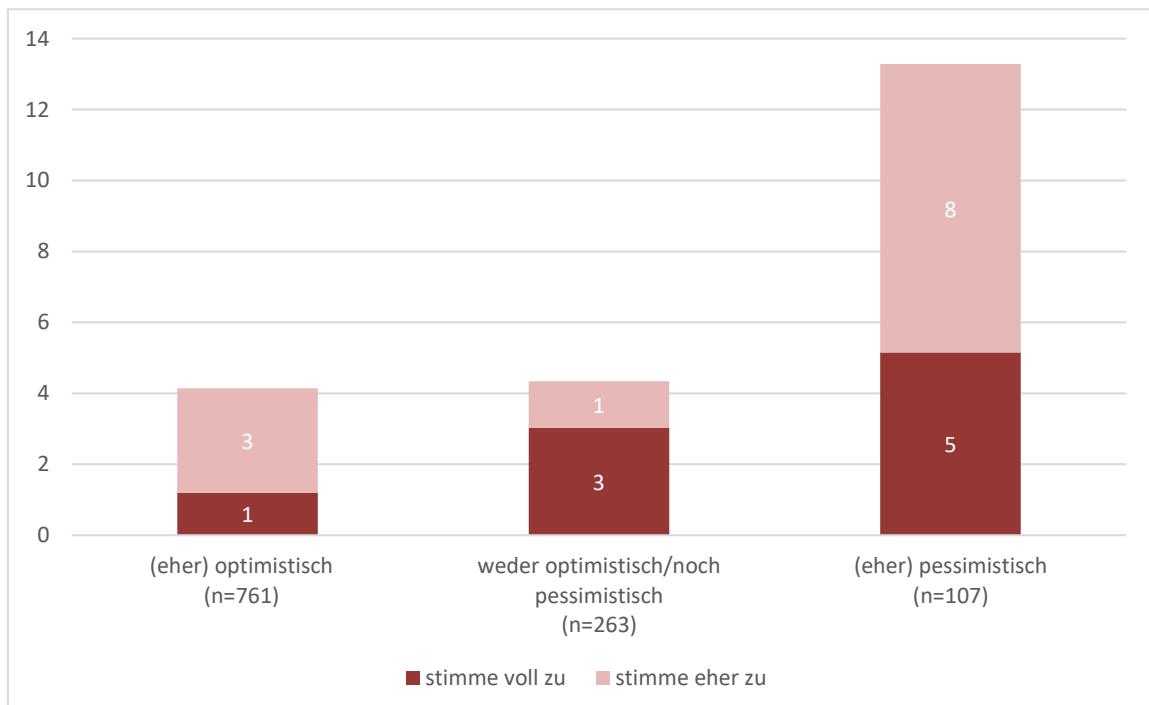
„Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.“

Im Gesamtergebnis lehnen fast 90% der Befragten die Aussage ab. 7% nutzen die Antwortmöglichkeit „weiß nicht“. Lediglich 5% der Teilnehmenden an der Kommunalen Bürgerumfrage 2020 stimmen dem Item zu. In der Befragung der Sächsischen Staatskanzlei stimmen dem Item 12% zu („stimme voll zu“ 3%; „stimme eher zu“ 9%).

Altersübergreifend beträgt die Zustimmung zu der Aussage weniger als 10%. Hierbei steigen die Zustimmungswerte mit zunehmenden Alter leicht an. Während 2% der 18- bis 34-Jährigen der Aussage zustimmen, sind es in der Altersgruppe 55 bis 85 Jahre insgesamt 8% („stimme voll zu“ 4%; „stimme eher zu“ 4%). In der mittleren Alterskohorte erzielt das Item die Zustimmung bei 3% der Befragten.

Es sind vor allem Menschen mit (eher) pessimistischen persönlichen Zukunftsaussichten, bei denen chauvinistische Einstellungen festgestellt werden (siehe *Abbildung 9*). Aus dieser Gruppe gibt es 13% Zustimmung, während von den Personen, die optimistisch oder unentschlossen in die Zukunft blicken lediglich 4% dem Item zustimmen.

Abbildung 9: Zustimmung Chauvinismus nach persönlicher Zukunftsaussicht (in %)



„Die Verbrechen des Nationalsozialismus werden in der Geschichtsschreibung übertrieben.“

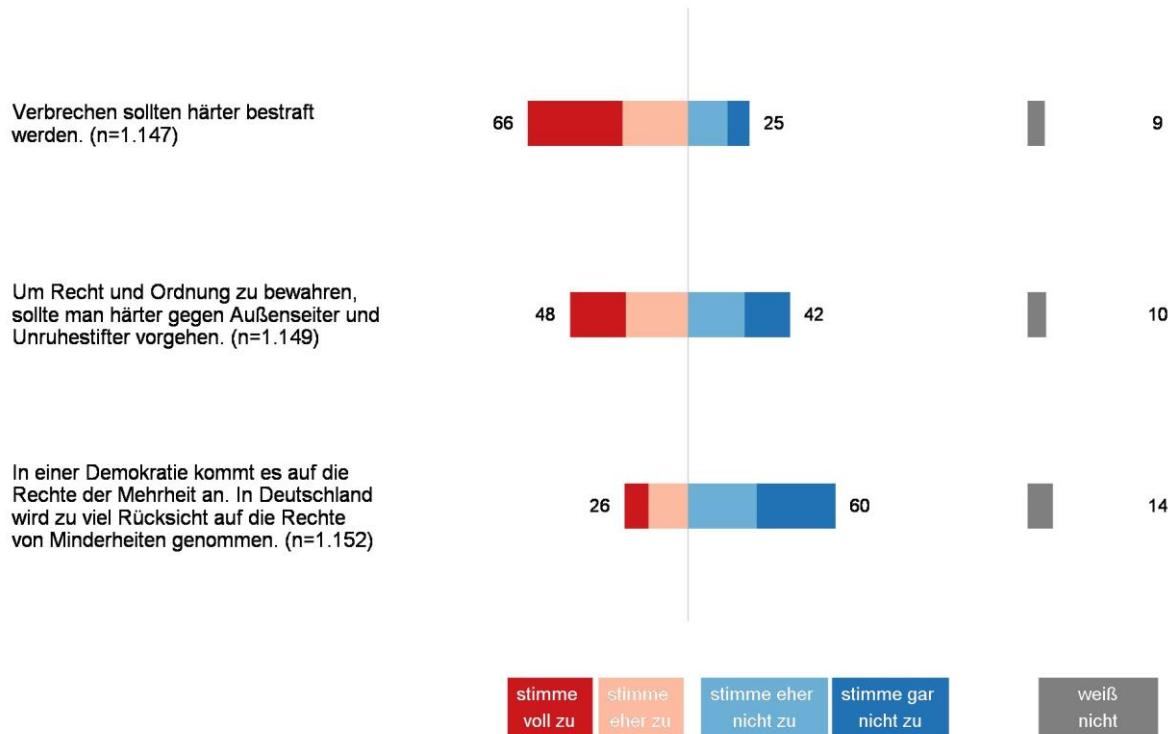
Mit insgesamt 89% lehnt eine deutliche Mehrheit der Leipzigerinnen und Leipziger das Item ab („stimme eher nicht zu“ 15%; „stimme gar nicht zu“ 74%). Knapp 5% stimmen dem Item zu („stimme voll zu“ 2%; „stimme eher zu“ 3%). Im Sachsen-Monitor 2018 liegt eine ähnliche prozentuale Verteilung vor. Hier verneinen insgesamt 83% der Befragten die Aussage. Der Anteil der Befragten, welche die Antwortoption „stimme eher zu“ wählen, ist mit 9% deutlich höher als in der Kommunalen Bürgerumfrage 2020.

Altersübergreifend ist die Zustimmung unter 10% und die Ablehnung über 80% für das Item. Hierbei ist ein leichter Anstieg mit zunehmendem Lebensalter festzustellen. In der Altersgruppe 18 bis 34 Jahre stimmen 2% der Aussage zu. Demgegenüber stehen 93% der Befragten in dieser Alterskohorte, welche „stimme eher nicht zu“ oder „stimme gar nicht zu“ auswählten. Bei den 35- bis 54-Jährigen stimmen 4% zu während 88% die Aussage ablehnen. Die Altersgruppe 55 bis 85 Jahre hat mit 8% die höchsten Zustimmungswerte („stimme voll zu“ 3%; „stimme eher zu“ 5%). Auch in dieser Alterskohorte lehnt jedoch die überwiegende Mehrheit (84%) die Aussage ab.

3.3 Autoritarismus

Die drei hier verwendeten Items geben Auskunft über autoritäre Dispositionen der Befragten. Autoritäre Einstellungen äußern sich bspw. im Verlangen nach Gehorsam und Respekt gegenüber Autoritäten. Darüber hinaus steht der Wunsch nach Macht und Stärke, einer strengen Bestrafung bei Normverstößen und der Verachtung des Schwachen im Vordergrund. Nicht selten geht all dies einher mit Irrationalismus und der Suche nach Sündenböcken und Feindbildern (vgl. Rathkolb 2011: 56).

In der Leipziger Autoritarismus-Studie wird unterschieden zwischen autoritären Syndromen von Individuen und autoritären Dynamiken der Gesellschaft, in denen diese leben. Damit soll deutlich gemacht werden, dass es auch die gesellschaftlichen Verhältnisse sind, die mitunter den Möglichkeiten und Fähigkeiten zum demokratischen Miteinander im Wege stehen (vgl. Decker/Brähler 2020: 179-180). Autoritarismus ist insofern demokratiegefährdend, als dass autoritär eingestellte Menschen besonders empfänglich sind für antidemokratische Ideen (vgl. Adorno 2018: 1).

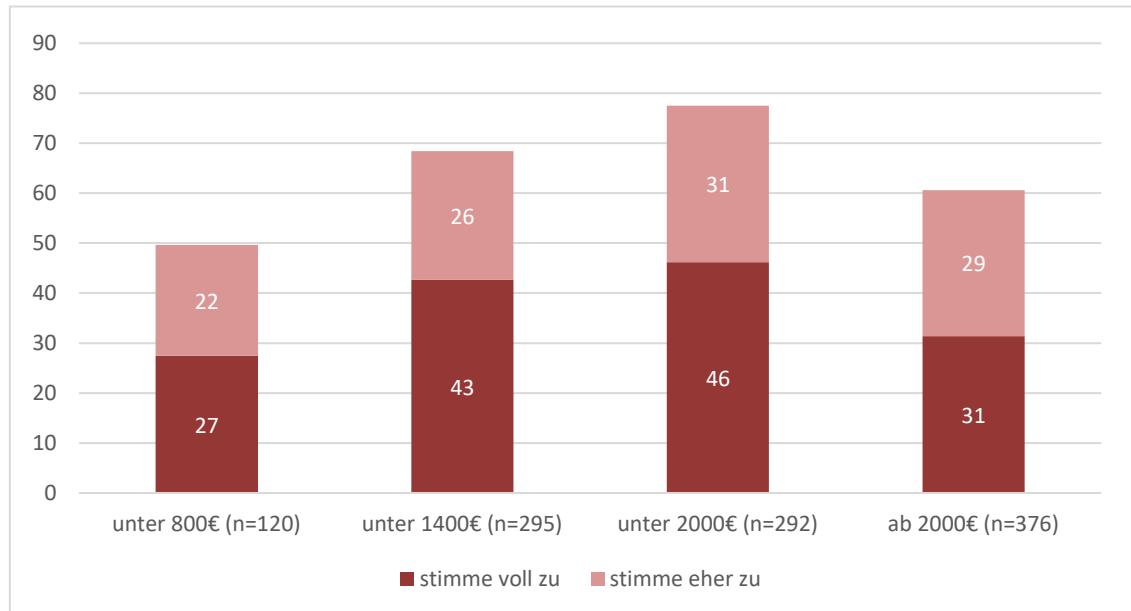
Abbildung 10: Autoritarismus (in %)

Die beiden ersten Items weisen auf eine autoritäre Law-and-Order-Haltung hin (Zick/Küpper 2021: 54) und werden von einer (knappen) Mehrheit der Stadtbevölkerung bejaht. Insgesamt gesehen wartet die Dimension „Autoritarismus“ jedoch mit ambivalenten Ergebnissen auf (siehe Abbildung 10): Während also zwei Drittel der Befragten in Leipzig eine härtere Bestrafung von Verbrechen fordert und knapp die Hälfte (48%) ein härteres Vorgehen gegen Außenseiter und Unruhestifter befürwortet, drehen sich die Mehrheitsverhältnisse bei der Frage nach Minderheitenrechten komplett um. Hier machen 60% der Befragten deutlich, dass es für sie in einer Demokratie auch auf die Rechte von Minderheiten ankommt.

Der Zusammenhang zwischen soziodemografischen Merkmalen und der Bejahung der Items zeigt sich bei keiner anderen Dimension des Leipziger Demokratie-Monitors so deutlich wie hier: Die Zustimmung zu autoritärerem Verhalten ist umso höher, je älter, je niedriger gebildet und je weiter vom Zentrum entfernt wohnend die Befragten sind. Autoritäre Einstellungen sind besonders häufig bei Rentnerinnen und Rentnern verbreitet. So befürworten bspw. 79% der Rentner ein härteres Vorgehen gegen Außenseiter und Unruhestifter, womit sie 31 Prozentpunkte über dem allgemeinen Stimmungsbild liegen.

Landesweit sind autoritäre Einstellungen wesentlich häufiger verbreitet als in Leipzig. Die Zustimmungswerte in ganz Sachsen liegen hier zwischen 17 und 29 Prozentpunkten höher als in der Stadt Leipzig.

Abbildung 11: Zustimmung zum Item "Verbrechen sollten härter bestraft werden" nach persönlichem Nettoeinkommen (in %)



Der Blick auf das persönliche Nettoeinkommen zeigt gruppenübergreifend hohe Zustimmung für das Item (siehe *Abbildung 11*). Lediglich bei den Befragten mit einem Nettoeinkommen unter 800€ stimmen weniger als 50% der Aussage zu. Dies ändert sich signifikant, wenn Studierende und Auszubildende aus dieser Kategorie herausgenommen werden. Die Zustimmung steigt dann auf 72%. In den beiden mittleren Einkommensgruppen ist die Zustimmung am höchsten. Hierbei wählen mehr als drei Viertel der Befragten mit einem Einkommen unter 2.000€ die Antwortoptionen „stimme voll zu“ oder „stimme eher zu“.

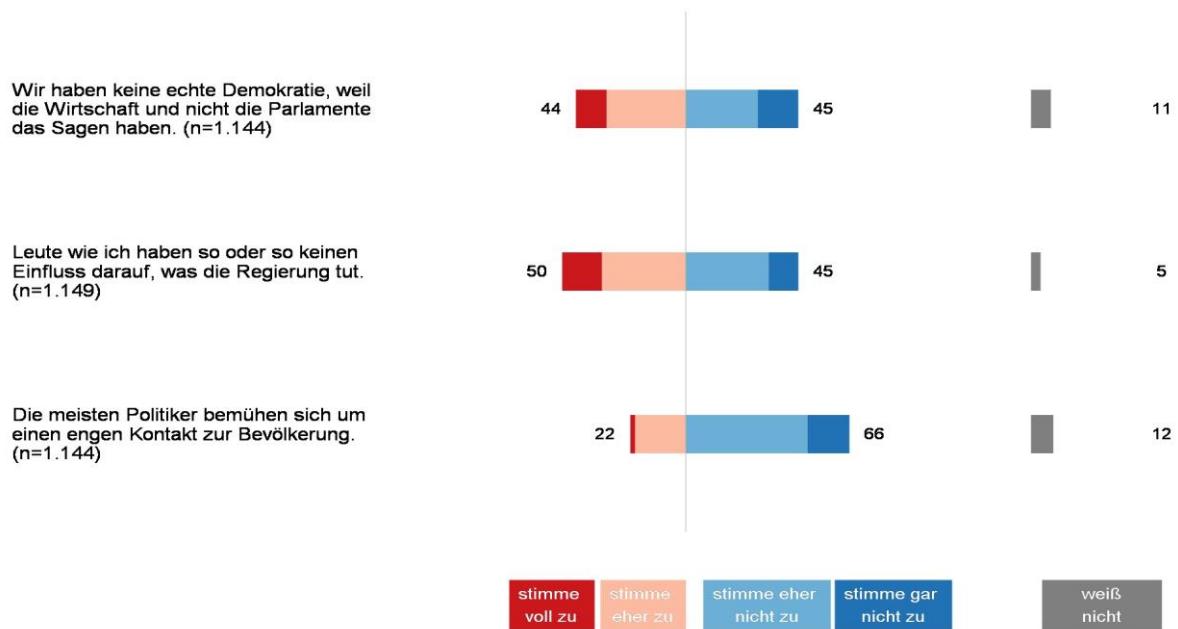
3.4 Politikverdrossenheit

Unter Politikverdrossenheit werden negative Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber politischen Objekten und Handlungen verstanden (Arzheimer 2002: 177). Der Begriff umfasst somit enttäuschte Erwartungen von Bürgerinnen und Bürgern hinsichtlich dessen, was Politik und Demokratie leisten sollen und können. Diese Enttäuschung kann sich in Form von Desinteresse, Apathie, Unbehagen oder Unzufriedenheit mit der institutionalisierten Politik widerspiegeln. All das führt mitunter zur Entfremdung vom politischen System, von demokratischen Institutionen, Prozessen oder Akteuren. Die Gründe für Politikverdrossenheit sind vor allem in einer individuell wahrgenommenen Machtlosigkeit bzw. einer als zu gering empfundenen politischen (internen und externen) Selbstwirksamkeit zu suchen.

Die drei abgefragten Items behandeln verschiedene Teilbereiche von Politikverdrossenheit. Das erste Item behandelt die Demokratieermäßigung, also eine bestimmte Form der Kritik an der Demokratie, die politische Entscheidungen „vermehrt an den Interessen

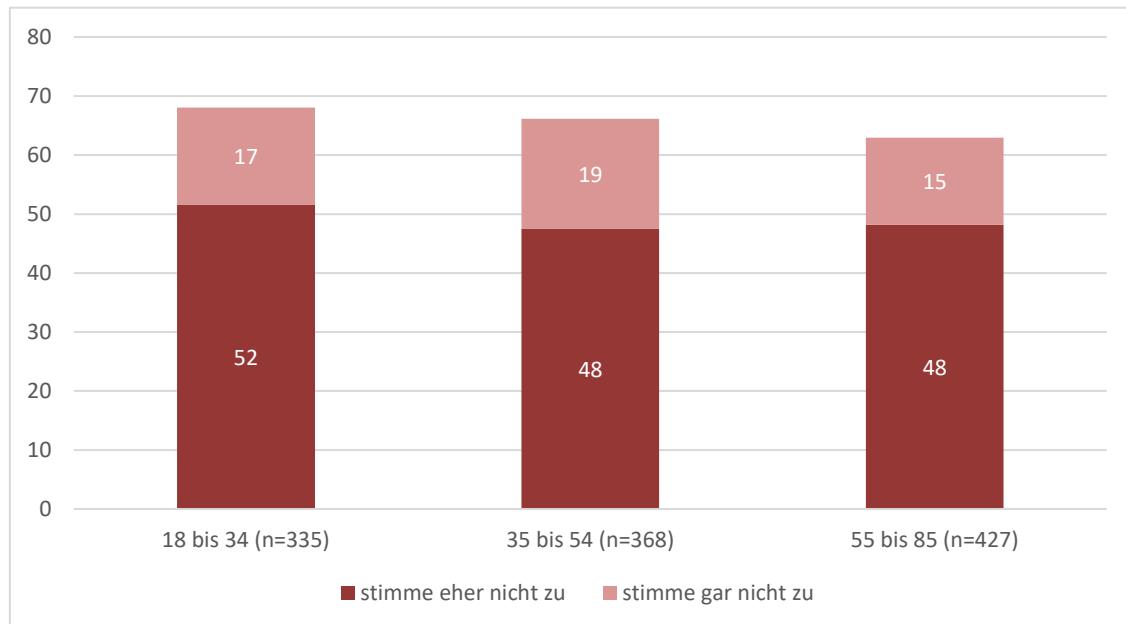
ökonomisch starker Gruppierungen ausgerichtet [sieht], während der Einfluss der übrigen Bevölkerung schwindet“ (Zick/Klein 2014: 87; vgl. Heitmeyer 2003: 41-43). Das zweite Item geht auf die externe politische Selbstwirksamkeit (auch Responsivität oder politische Deprivation) ein. Diese meint die individuell wahrgenommene Einflussmöglichkeit auf Politik und politisches System bzw. das Gefühl von der Politik ausgeschlossen zu werden. Sie gilt als zentraler Einflussfaktor für politische Teilhabe oder Vertrauen in Politik (SVR 2019: 8; vgl. Decker/Brähler 2018: 98). Beim dritten Item geht es schließlich um eine Politikerverdrossenheit und zwar in Form der Wahrnehmung, ob Politikerinnen und Politiker einen engen Austausch mit der Bevölkerung suchen oder nicht.

Abbildung 12: Politikerverdrossenheit (in %)



Die in Abbildung 12 aufgelisteten Ergebnisse dieser Dimension sind in vielerlei Hinsicht außergewöhnlich. Sie zeigen, dass Politikerverdrossenheit in Leipzig weit verbreitet ist. Zwei Drittel der Befragten sehen nicht, dass sich Politikerinnen und Politiker um einen engen Kontakt zur Bevölkerung bemühen. Lediglich 2% stimmen dieser Aussage vollumfänglich zu, bei insgesamt 22% Zustimmung. Damit ist das Stimmungsbild der Leipziger Stadtbevölkerung bei dieser Frage wie bei keinem anderen Item des Leipziger Demokratie-Monitors so nah am Stimmungsbild des Bundeslands: Sachsenweit lag die Zustimmung 2018 bei 71%, also fünf Prozentpunkte über dem Leipziger Ergebnis; die Abneigung war mit 25% sogar höher (Sächsische Staatskanzlei 2018b: 129).

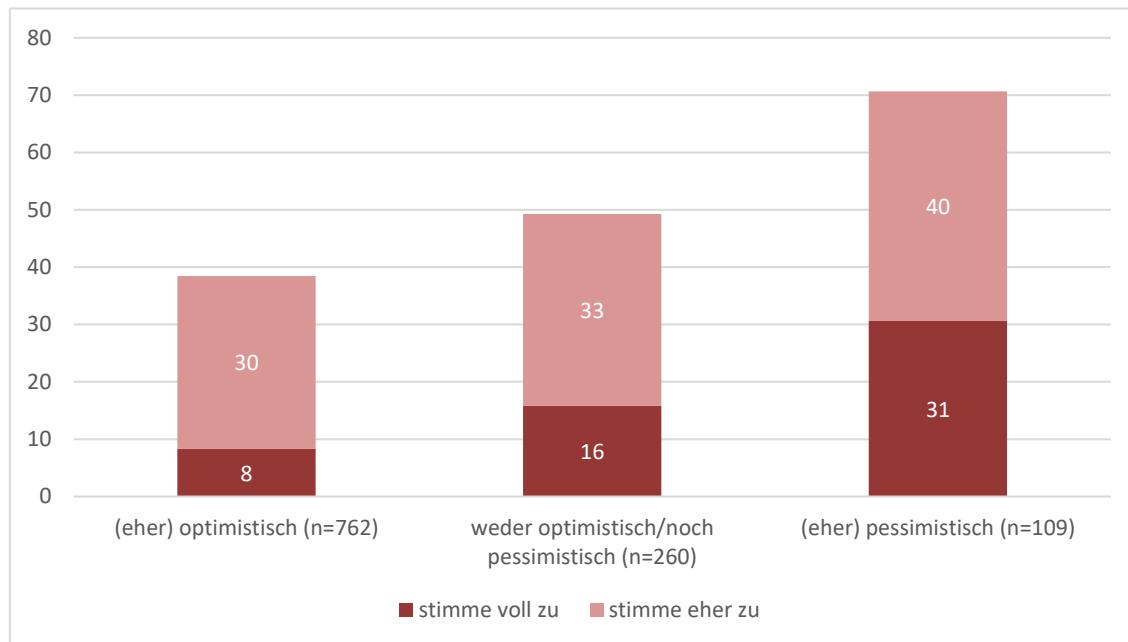
Auch beim Blick auf den Zusammenhang zwischen Zustimmungswerten und soziodemografischen Merkmalen sind die Ergebnisse dieses Items erstaunlich: Weder bei der Wohnlage noch beim Bildungsabschluss steigt die Politikerverdrossenheit mit wachsender Entfernung zum Zentrum bzw. mit absteigendem Bildungsgrad. Auch beim Alter lässt sich aus den Daten ein bemerkenswerter Befund ableiten (siehe Abbildung 13): Je jünger die Befragten sind, desto stärker ist die Politikerverdrossenheit.

Abbildung 13: Politikerverdrossenheit nach Alter (in %)

Bei der externen politischen Selbstwirksamkeit halten sich positive und negative Einschätzungen die Waage. Die eine Hälfte erkennt keine eigenen politischen Einflussmöglichkeiten, die andere Hälfte schätzt diese als positiv ein oder antwortet mit „weiß nicht“ (5%). Jüngere und Menschen, die zentrumsnah wohnen schätzen die Responsivität höher ein als Ältere und Menschen, die in der städtischen Peripherie leben. Menschen, die ihre eigenen Zukunftsaussichten pessimistisch bewerten, stimmen dieser Aussage ganz besonders häufig zu. Ihr Zustimmungswert liegt um 29 Prozentpunkte höher als beim Durchschnitt. Die Unterschiede zum Sachsen-Monitor sind beträchtlich: 2018 stimmten dieser Aussage 68% zu bei 30% Ablehnung.

Auch bei der Frage nach einer Demokratieverminderung stehen sich Thesenbefürworterinnen und -gegnerinnen in gleicher Zahl gegenüber: 44% stimmen der Aussage zu, dass wir keine echte Demokratie haben, „weil die Wirtschaft und nicht die Parlamente das Sagen haben“; dieser Aussage widersprechen 45%. Auch diese Aussage bekommt in Leipzig geringere Zustimmung von Jüngeren, höher Gebildeten und von Menschen, die zentrumsnah wohnen. *Abbildung 14* zeigt hingegen, dass besonders viel Zustimmung von Pessimistinnen und Pessimisten kommt – mit einem Plus von 27 Prozentpunkten im Vergleich zum Durchschnittswert. Die Zustimmungswerte des Sachsen-Monitors 2018 liegen um 19 Prozentpunkte höher.

Abbildung 14: Zustimmung Demokratieermäßigung nach persönlicher Zukunftsaussicht (in %)

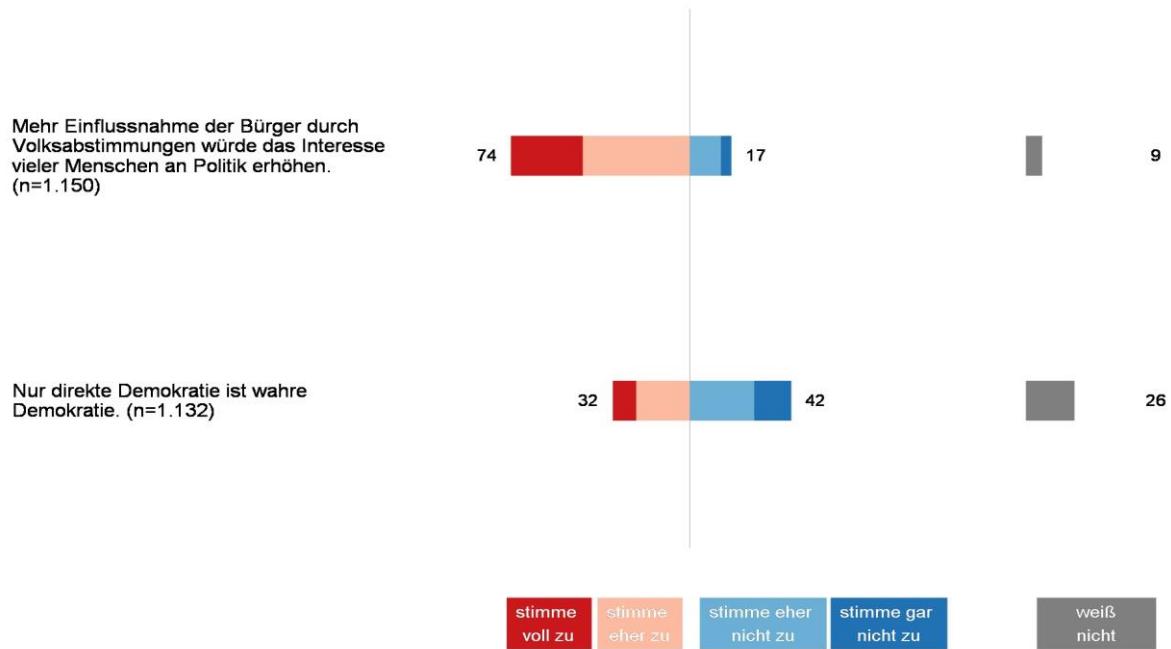


3.5 Direkte Demokratie

Direkte Demokratie meint eine Form der Demokratie, in der die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar selbst politische Entscheidungen fällen und dies im Gegensatz zur repräsentativen Demokratie nicht den gewählten Vertreterinnen und Vertretern überlassen. Direktdemokratische Verfahren brechen politische Sachfragen so herunter, dass sie mit Ja oder Nein beantwortet werden können.

In Deutschland kommen direktdemokratische Verfahren nicht bundesweit, sondern in den Bundesländern und in den Kommunen ergänzend zur repräsentativen Demokratie zum Einsatz. In Sachsen findet Volksgesetzgebung in Form von Volksantrag, Volksbegehren und Volksentscheid statt (Artt. 71 bis 73 SächsVerf). In der Stadt Leipzig kommen Bürgerbegehren und Bürgerentscheide zum Einsatz (§§ 24 und 25 SächsGemO).

Die Ergebnisse der Befragung zu direkter Demokratie sind in *Abbildung 15* dargestellt: Knapp drei Viertel (74%) der Leipzigerinnen und Leipziger sind der Meinung, dass sich mehr Einflussnahme durch Volksabstimmungen positiv auf das Politikinteresse der Menschen auswirken würde. 17% der Befragten verneinen dieses These. Besonders hohe Zustimmungswerte (84%) erhält die Aussage bei Menschen, die pessimistisch in die Zukunft blicken. Vermehrte Zustimmung gibt es auch unter älteren und am Stadtrand lebenden Menschen. In Sachsen lag die Zustimmung zwei Jahre zuvor mit 81% knapp über dem Leipziger Wert – bei 14% Ablehnung.

Abbildung 15: Direkte Demokratie (in %)

Die Aussage „Nur direkte Demokratie ist wahre Demokratie“ ruft mehr Ablehnung (42%) als Zustimmung (32%) hervor. Sofern die Aussage so gelesen wird, dass die repräsentative Demokratie implizit als „unechte“ Demokratie herabgestuft wird, ist der hohe Zustimmungswert beachtlich. Besonders bemerkenswert ist zudem, dass sich hier gut ein Viertel der Befragten (26%) nicht festlegen möchte und mit „weiß nicht“ antwortet. Außerdem gewöhnlich hohe Zustimmungswerte gibt es bei (sehr) Unzufriedenen (47%) und bei Menschen, die ihre persönliche Zukunftssicht (eher) pessimistisch einschätzen (46%). Auch der Vergleich mit den Ergebnissen des Sachsen-Monitors bringt ein erstaunliches Resultat zum Vorschein: Hier lag die Zustimmung 2018 bei 57% und damit um ganze 25 Prozentpunkte höher als in Leipzig.

3.6 Ausgewählte Items

3.6.1 Etabliertenvorrechte

Das Element Etabliertenvorrechte bezeichnet die generalisierende Abwertung von Menschen, welche als „Neuankömmlinge“ wahrgenommen werden, einhergehend mit der Beanspruchung von Vorrechten oder Einforderung einer Vorrangstellung für „Alteingesessene“ (vgl. Zick et al. 2016: 41). In der Kommunalen Bürgerumfrage 2020 betrifft die Aussage „Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind“ die beschriebene Abwertung.

Dem Item stimmen fast ein Fünftel der Leipzigerinnen und Leipziger zu (19%). Über 75% der Befragten lehnen die Aussage ab und 4% nutzen die Antwortmöglichkeit „weiß nicht“.

Im Sachsen-Monitor 2018 erhält das Item signifikant höhere Zustimmungswerte. Insgesamt stimmen 37% der Teilnehmenden am Sachsen-Monitor der Aussage zu („stimme voll zu“ 13%; „stimme eher zu“ 24%).

Abbildung 16: Zustimmung Etabliertenvorrechte nach Alter (in %)

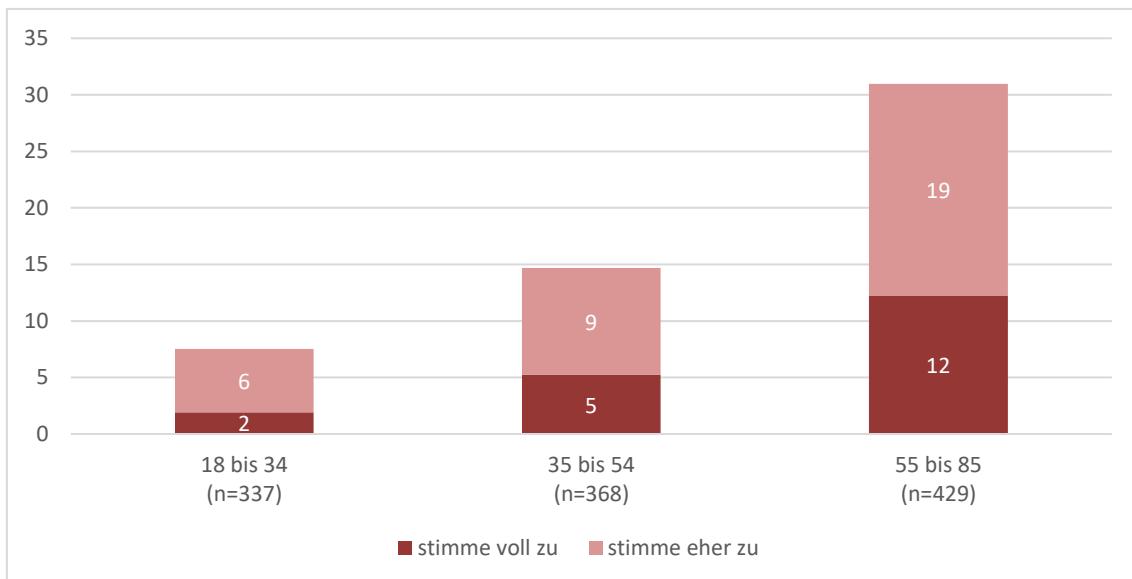


Abbildung 16 zeigt den Zusammenhang zwischen der Zustimmung zu Etabliertenvorrechten und dem Alter. Bei den älteren Leipzigerinnen und Leipzigern erreicht das Item deutlich höhere Zustimmung als bei den Jüngeren. Während bei den jungen Erwachsenen lediglich 8% die Aussage bestätigen, ist es in der Altersgruppe der 55- bis 85-Jährigen fast ein Drittel (31%).

Auch beim formellen Bildungsabschluss existieren signifikante Differenzen. Die Zustimmung in den Gruppen mit Abitur (9%) und Fachabitur (14%) liegt unter dem Ergebnis der Gesamterhebung. Bei den Teilnehmenden der Kommunalen Bürgerumfrage 2020, die den 10.-Klasse-Abschluss angeben, steigt die Zustimmung auf 24%. Die höchsten Zustimmungswerte (35%) erhält das Item bei Leipzigerinnen und Leipzigern mit der 8./9. Klasse als höchsten Bildungsabschluss.

Das Zustimmungsverhalten verändert sich ebenfalls unter geographischen Gesichtspunkten deutlich. In den Innenstadtbereichen liegt die Zustimmung zur Aussage unter dem Gesamtergebnis. Dies ändert sich in den Gebieten Stadtrand 1 und Stadtrand 2. Hier erzielt das Item deutlich erhöhte Zustimmungswerte mit jeweils 30%.

3.6.2 Abwertung von Langzeitarbeitslosen

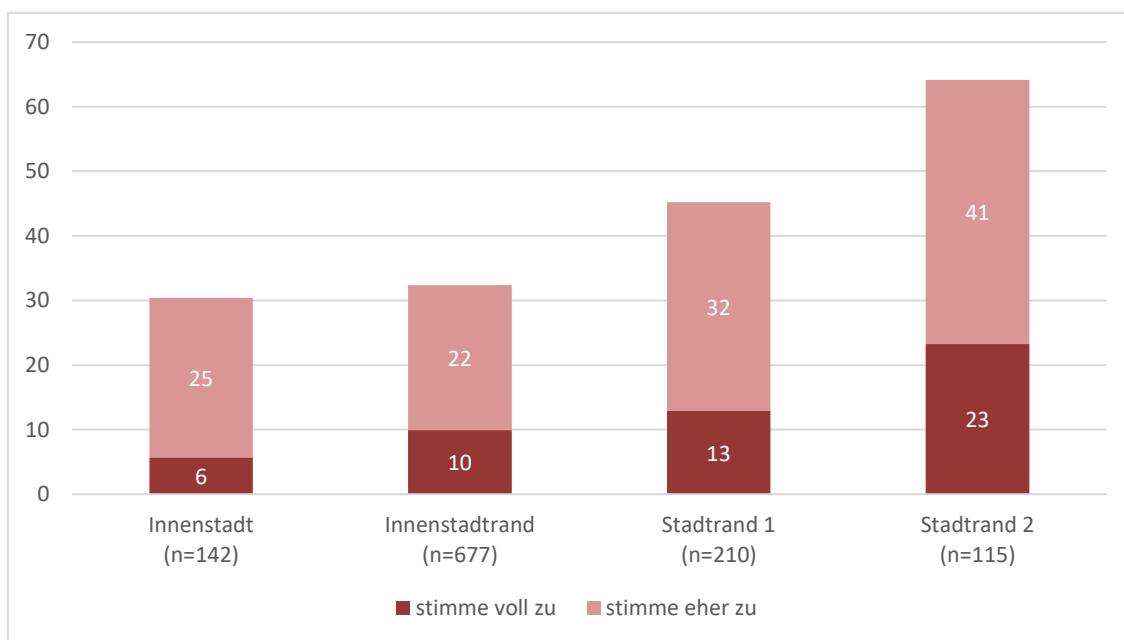
Langzeitarbeitslose werden zur Angriffsfläche von gruppenbezogenen Vorurteilen insbesondere anhand der generalisierenden negativen Einstellung über Menschen die länger keine Erwerbsarbeit ausgeführt haben und ihren Lebensunterhalt mit gesetzlich zu stehenden Transferleistungen bestreiten. Im Rahmen der Kommunalen Bürgerumfrage

wurden Vorurteile gegenüber Langzeitarbeitslosen mit dem Item „Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich auf Kosten der Anderen ein schönes Leben“ erhoben.

Über ein Drittel der Leipzigerinnen und Leipziger stimmt der Aussage zu. Gegenüber keiner anderen sozialen Gruppe liegen im Rahmen der Kommunalen Bürgerumfrage 2020 derart hohe Vorurteile vor. Diese hohe Zustimmung erfährt das Item merkmalsübergreifend. Hierbei bestätigen sich die Tendenzen, dass die Zustimmung mit steigendem Alter, geringeren Bildungsgrad und zentrumsferner Lage der Wohnung steigt. Jedoch bejahen die Aussage auch Gruppen mit sonst niedrigen Zustimmungswerten zu vorurteilsbehafteten Aussage mit über 30%.

Im Sachsen-Monitor 2018 ist die Zustimmung noch höher. Die Hälfte der Befragten stimmt dem Item zu. Andere Langzeitstudien zur Erhebung von menschenfeindlichen Einstellungen kommen zu ähnlich hohen Zustimmungswerten wie in Leipzig oder Sachsen. So wird bspw. auch im Berlin-Monitor 2019 festgestellt, dass Langzeitarbeitslose als soziale Gruppe die höchste Abwertung erfahren (Pickel et al. 2019: 31). Zentrale Elemente für diese Einstellungsmuster scheinen Abstiegssorgen und Zukunftsängste bei den Befragten zu sein. Diese führen allerdings häufig nicht zu mehr Solidarität mit Menschen, die länger ohne Erwerbstätigkeit sind, sondern befördern – im Gegenteil – Abgrenzung und gesteigertes Konkurrenzverhalten (vgl. Heitmeyer 2018: 132-133).

Abbildung 17: Abwertung von Langzeitarbeitslosen nach Lage der Wohnung im Stadtgebiet (in %)



Wie in Abbildung 17 zu sehen, sind vor allem die hohen Zustimmungswerte für das Item in den Gebieten des Stadtrandes auffällig. Im Stadtrand 2 bejahen fast zwei Drittel der Befragten die Aussage. Im Vergleich zum Bereich Innenstadt verdoppeln sich somit die Zustimmungswerte.

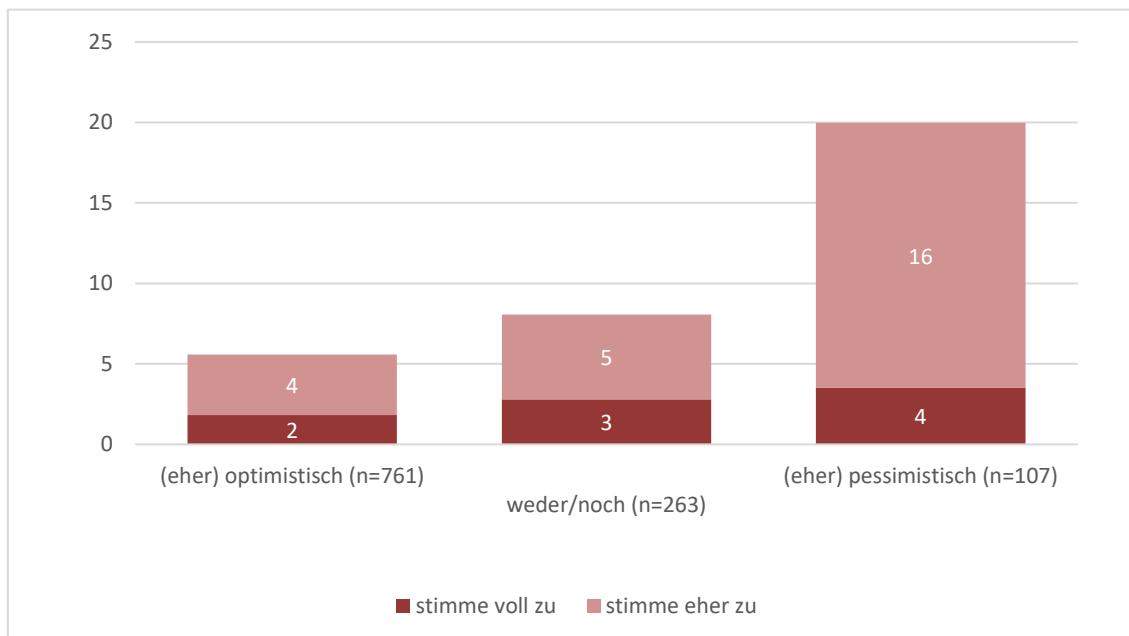
3.6.3 Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur

In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung wird die Kategorie „Befürwortung einer rechtsgerichteten bzw. rechtsautoritären Diktatur“ als ein Teilelement zur Erfassung von rechtsextremen Einstellungen in der Bevölkerung genutzt. In der Kategorie werden Vorstellungen zusammengefasst, „die von einer homogenen Gesellschaft ausgehen, deren Interessen mit diktatorischer Führung durchgesetzt werden sollten“ (vgl. Zick et al. 2016: 126). In der Kommunalen Bürgerumfrage 2020 wurde zur Erhebung dieser Einstellung das Item „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform“ genutzt.

Insgesamt lehnen 83% der Befragten aus Leipzig eine Diktatur unter allen Umständen ab. 7% stimmen dieser These zu, der Rest (10%) antwortet mit „weiß nicht“. Der Sachsen-Monitor 2018 zeigt eine leicht erhöhte Befürwortung einer Diktatur: 12% der Befragten stimmen der Aussage zu, ebenfalls 83% lehnen sie ab („weiß nicht“ 5%).

In Abbildung 18 wird die Befürwortung einer Diktatur in Bezug gesetzt zu den persönlichen Zukunftsaussichten der Befragten. Während Optimisten und Menschen, die weder optimistisch noch pessimistisch auf ihre Zukunft blicken, einer Diktatur zu 4% bzw. 6% positiv gegenüberstehen, liegt die Zustimmungsrate bei Pessimisten um 14 Prozentpunkten höher als bei Optimisten. Damit stimmt jeder fünfte Pessimist unter bestimmten Umständen einer Diktatur zu.

Abbildung 18: Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur nach persönlicher Zukunftsaussicht (in %)



4 Literatur

- Adorno, Theodor W. (2018): Studien zum autoritären Charakter. 11. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Arzheimer, Kai (2002): Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffes. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Decker, Oliver und Elmar Brähler (Hrsg.) (2018): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018. Gießen: Psychosozial-Verlag. URL: https://www.boell.de/sites/default/files/leipziger_autoritarismus-studie_2018_-_flucht_ins_autoritaere_.pdf.
- Decker, Oliver und Elmar Brähler (Hrsg.) (2020): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020. Gießen: Psychosozial-Verlag. URL: <https://www.boell.de/sites/default/files/2020-11/Decker-Braehler-2020-Autoritaere-Dynamiken-Leipziger-Autoritarismus-Studie.pdf>.
- Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) (2019): Mit der Politik auf Du und Du? Wie Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ihre politische Selbstwirksamkeit wahrnehmen. Berlin. URL: https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2019/04/SVR-FB_Politische_Selbstwirksamkeit.pdf.
- Heitmeyer, Wilhelm (2002): Deutsche Zustände. Folge 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm (2003): Deutsche Zustände. Folge 2. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mannewitz, Tom (2021): Politische Kultur und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Sachsen. In: Kailitz, Steffen, Gert Pickel und Tobias Genswein (Hrsg): Sachsen zwischen Integration und Desintegration. Politisch-kulturelle Heimaten, S. 145–163. Wiesbaden: Springer VS. doi: [10.1007/978-3-658-32704-0](https://doi.org/10.1007/978-3-658-32704-0).
- Pickel, Gert, Katrin Reimer-Gordinskaya und Oliver Decker (2019): Der Berlin-Monitor 2019. Vernetzte Solidarität – Fragmentierte Demokratie. Springer zu Klampen. URL: <https://berlin-monitor.de/wp-content/uploads/2019/08/Berlin-Monitor-2019.pdf>.
- Rathkolb, Oliver (2011): Neuer Politischer Autoritarismus. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 61 (44/45), 56–62. URL: <https://www.bpb.de/system/files/pdf/7FN5F7.pdf>.

- Sächsische Staatskanzlei (2018a): Sachsen-Monitor 2018. Ergebnisbericht. Bonn.
URL: <https://www.staatsregierung.sachsen.de/download/ergebnisbericht-sachsen-monitor-2018.pdf>.
- Sächsische Staatskanzlei (2018b): Auswertungstabellen Sachsen-Monitor 2018. URL:
<https://www.staatsregierung.sachsen.de/download/auswertungstabellen-sachsen-monitor-2018.pdf>.
- Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen (2021): Ergebnisbericht zur Kommunalen Bürgerumfrage 2020. URL:
https://static.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig/de/Stadt/02.1_Dez1_Allgemeine_Verwaltung/12_Statistik_und_Wahlen/Stadtforschung/Kommunale_Buergerumfrage_2020.pdf.
- Zick, Andreas und Anna Klein (Hrsg.) (2014): Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Bonn: J.H.W. Dietz. URL:
<https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=40929&token=719ef66b0d41a85cb3f28903fe70d9b6d31cc3be>.
- Zick, Andreas und Beate Küpper (Hrsg.) (2021): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn: J.H.W. Dietz. URL: <https://www.fes.de/index.php?eID=dump-File&t=f&f=65543&token=be951e80f3f538cca04a67567b9da4b995a93c64>.
- Zick, Andreas, Beate Küpper und Daniela Krause (Hrsg.) (2016): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Bonn: J.H.W. Dietz. URL: <https://www.fes.de/index.php?eID=dump-File&t=f&f=40928&token=04be4a700d52812b4645874741ba3fde5f381a9a>.

Anhang

Tabelle 1: Dimensionen und Items mit Merkmalsgruppen (Zustimmungswerte in %)

Dimension und Item		Gesamt	Zustimmung in %												
			Geschlecht		Lage der Wohnung				Schulischer Abschluss				Alter		
			männlich	weiblich	Innenstadt	Innenstadtstrand	Stadtrand 1	Stadtrand 2	Abitur	Fachabitur	10. Kl.	8./9. Kl.	18-34 J.	35-54 J.	55-85 J.
Xenophobie															
Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Wohngegend aufhalten.	Leipzig '20	29	30	28	16	24	41	50	17	26	43	40	12	25	46
	Sachsen '18	57	56	59											
Durch die vielen Muslime in Deutschland fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	Leipzig '20	32	36	28	22	25	49	50	16	32	40	63	16	29	47
	Sachsen '18	49	50	49											
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	Leipzig '20	16	18	13	10	12	24	27	7	11	22	26	6	10	28
	Sachsen '18	41	44	38											
Meine persönliche Wohnumgebung ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.	Leipzig '20	14	17	11	12	12	24	8	6	10	19	30	6	14	20
	Sachsen '18	21	19	23											
Rechtsextreme Einstellungen															
Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind.	Leipzig '20	7	9	4	6	6	10	10	4	7	8	14	2	7	11
	Sachsen '18	21	23	20											
Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.	Leipzig '20	5	6	4	2	4	7	10	2	2	5	14	2	3	9
	Sachsen '18	16	17	13											
Die Verbrechen des Nationalsozialismus werden in der Geschichtsschreibung übertrieben.	Leipzig '20	5	5	5	6	3	9	9	2	2	4	12	2	4	8
	Sachsen '18	11	14	10											
Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.	Leipzig '20	4	4	5	3	4	6	6	2	3	4	11	4	3	5
	Sachsen '18	10	13	7											
Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.	Leipzig '20	3	3	1	4	2	2	3	1	3	2	6	0	3	3
	Sachsen '18	11	15	8											

Tabelle 2: Dimensionen und Items mit Merkmalsgruppen (Zustimmungswerte in %)

Dimension und Item		Gesamt	Geschlecht		Zustimmung in %				Schulischer Abschluss				Alter		
			männlich	weiblich	Innenstadt	Innenstadtrand	Stadtrand 1	Stadtrand 2	Abitur	Fachabitur	10. Kl.	8./9. Kl.	18-34 J.	35-54 J.	55-85 J.
Autoritarismus															
Verbrechen sollten härter bestraft werden.	Leipzig '20	66	63	68	60	59	80	83	46	64	83	87	44	65	84
	Sachsen '18	85	81	89											
Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen.	Leipzig '20	48	46	49	33	42	67	68	29	46	63	72	27	38	74
	Sachsen '18	77	73	82											
In einer Demokratie kommt es auf die Rechte der Mehrheit an. In Deutschland wird zu viel Rücksicht auf die Rechte von Minderheiten	Leipzig '20	26	29	23	15	21	39	42	15	24	32	44	12	19	43
	Sachsen '18	43	40	54											
Politikverdrossenheit															
Die meisten Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.	Leipzig '20	22	22	22	30	20	24	21	26	16	19	20	23	21	23
	Sachsen '18	25	27	22											
Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.	Leipzig '20	50	47	52	44	45	60	65	38	48	62	56	41	45	60
	Sachsen '18	68	60	75											
Wir haben keine echte Demokratie, weil die Wirtschaft und nicht die Parlamente das Sagen haben.	Leipzig '20	44	45	44	38	43	49	52	37	37	53	54	37	42	52
	Sachsen '18	63	61	65											
Direkte Demokratie															
Mehr Einflussnahme der Bürger durch Volksabstimmungen würde das Interesse vieler Menschen an Politik erhöhen.	Leipzig '20	74	74	74	72	73	76	77	70	74	82	73	71	71	79
	Sachsen '18	81	81	83											
Nur direkte Demokratie ist wahre Demokratie.	Leipzig '20	32	35	29	25	30	39	39	25	25	39	39	23	29	41
	Sachsen '18	57	58	56											
Ausgewählte sonstige Items															
Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind.	Leipzig '20	19	18	19	11	15	30	30	9	14	24	35	8	15	31
	Sachsen '18	37	37	36											
Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich auf Kosten der Anderen ein schönes Leben.	Leipzig '20	38	37	39	30	32	45	64	23	39	51	53	31	34	46
	Sachsen '18	50	50	50											
Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.	Leipzig '20	8	8	7	8	6	10	10	5	5	10	14	3	7	11
	Sachsen '18	12	15	9											

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: <i>Lagetypen</i>	9
Abbildung 2: <i>Xenophobie (in %)</i>	11
Abbildung 3: <i>Abwertung Sinti und Roma nach persönlicher Zukunftsaußicht (in %)</i>	13
Abbildung 4: <i>Zustimmung antimuslimischer Rassismus nach Bildungshintergrund (in %)</i>	14
Abbildung 5: <i>Zustimmung antimuslimischer Rassismus nach persönlicher Zukunftsaußicht (in %)</i>	15
Abbildung 6: <i>Zustimmung antimuslimischer Rassismus nach persönlichem Nettoeinkommen (in %)</i>	16
Abbildung 7: <i>Rechtsextreme Einstellungen (in %)</i>	17
Abbildung 8: <i>Zustimmung Antisemitismus nach Bildungshintergrund (in %)</i>	18
Abbildung 9: <i>Zustimmung Chauvinismus nach persönlicher Zukunftsaußicht (in %)</i>	19
Abbildung 10: <i>Autoritarismus (in %)</i>	21
Abbildung 11: <i>Zustimmung zum Item "Verbrechen sollten härter bestraft werden" nach persönlichem Nettoeinkommen (in %)</i>	22
Abbildung 12: <i>Politikverdrossenheit (in %)</i>	23
Abbildung 13: <i>Politikerverdrossenheit nach Alter (in %)</i>	24
Abbildung 14: <i>Zustimmung Demokratieermäßigung nach persönlicher Zukunftsaußicht (in %)</i>	25
Abbildung 15: <i>Direkte Demokratie (in %)</i>	26
Abbildung 16: <i>Zustimmung Etabliertenvorrechte nach Alter (in %)</i>	27
Abbildung 17: <i>Abwertung von Langzeitarbeitslosen nach Lage der Wohnung im Stadtgebiet (in %)</i>	28
Abbildung 18: <i>Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur nach persönlicher Zukunftsaußicht (in %)</i>	29